



Europäische  
Kommission

[FRÜHJAHR 2015 ▶ Nr. 52]

# panorama

inforegio

## ▶ Eine helfende Hand bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik

Taskforce nimmt Investitions- und  
Umsetzungsprioritäten ins Visier

- ▶ Fi-Compass
- ▶ 40 Jahre EFRE
- ▶ Förderung der regionalpolitischen  
Zusammenarbeit mit Lateinamerika

Regionalpolitik  
und Stadtent-  
wicklung



Titelbild: Corina Crețu beim Besuch des Mémorial ACTe in Guadeloupe.

► **EDITORIAL** ..... 3  
Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik

**SCHWERPUNKT**  
► **UMSETZUNGS-TASKFORCE** ..... 4-6

► **RUMÄNIEN FEIERT STRUKTURFONDSERFOLGE** ... 7

► **DIE INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR EUROPA** ... 8-11

**INTERVIEWS**  
► **SLOWENIEN** ..... 12-13

Alenka Smerkolj, Ministerin für Entwicklung, Strategieprojekte und Zusammenhalt

► **DEUTSCHLAND** ..... 14-15

Rainer Baake, Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

► **NORD-PAS DE CALAIS, FRANKREICH** ..... 16-17

Daniel Percheron, Präsident des Regionalrats

► **NIEDERSCHLESISIEN, POLEN** ..... 18-19

Marschall Cezary Przybylski

► **DER EFRE WIRD 40** ..... 20-21

► **CREȚU AUF ACHSE** ..... 22-23

► **KARTEN** ..... 24-25

Europa-2020-Index, 2012

Änderungen im Europa-2020-Index, 2010-2012

► **EU-UNTERSTÜTZUNG FÜR REGIONEN IN ÄUSSERSTER RANDLAGE** ..... 26-27

► **AUSWEITUNG DER EUROPÄISCHEN ERFAHRUNG IN DER REGIONALEN ENTWICKLUNG AUF LATEINAMERIKA** ..... 28-31

► **IM NAMEN DER REGIONALPOLITIK** ..... 32

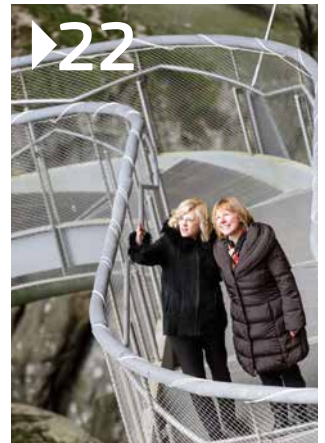
► **EVALUIERUNGSPLÄNE** ..... 33

► **NACHRICHTEN IN KÜRZE** ..... 34-35

► **PROJEKTE** ..... 36-39

Projektbeispiele aus Estland, Schweden, Ungarn und Slowenien

► **TERMINE** ..... 40



Fotos (Seiten):

Titelbild: © Europäische Kommission

Seite 2: Mémorial ACTe © aeroworx

Seiten 3, 4-5, 7, 8, 20-21, 22-23, 34-35: © Europäische Kommission

Seiten 10-11: © Europäische Investitionsbank

Seite 12: © Janez Kotar

Seite 13: © David Lotric

Seite 14: © BMWi

Seite 15: © Europäisches Parlament – Informationsbüro in Deutschland

Seite 16: © D. Bokalo/Conseil Régional Nord-Pas de Calais

Seite 17: © François Lo Presti/Conseil Régional Nord-Pas de Calais

Seiten 18-19: © Marschallsamt der Woiwodschaft Niederschlesien

Seite 27: links: Mémorial ACTe © aeroworx;

rechts: © Bruno Michaux-Vignes

Seite 29: © David Mangurian

Seite 30: Iguazú-Wasserfälle © AEBR, 2012

Seite 31: © AEBR, 2013

Seite 32: © Europäisches Parlament/Pietro Naj-Oleari

Seiten 36-37: © Enterprise Estonia; Obamas Ausweis © Sander Retel

Seite 38: © Regionalrat der Provinz Kalmar

Seite 39: © Regionale Agentur für Entwicklung Mura

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/information/publications/panorama-magazine/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/)

Diese Ausgabe wurde im März 2015 abgeschlossen.

**RECHTLICHER HINWEIS**

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler. Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

ISSN 1608-3881

© Europäische Union, 2015

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Genehmigung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Printed in Belgium



# ▶ EDITORIAL

**Corina Crețu**  
EU-Kommissarin für Regionalpolitik

Die ersten Monate als Kommissarin für Regionalpolitik waren hektisch, aber auch aufregend. Priorität hatte für mich unter anderem, Beteiligte und Partner in ganz Europa zu treffen, um sicherzustellen, dass unsere reformierte Politik gut gesteuert und umgesetzt wird, sodass die Menschen selbst in den Genuss ihrer Vorteile kommen. Mein Weg hat mich in viele Regionen geführt – sogar bis nach Guadeloupe, eine der EU-Regionen in äußerster Randlage –, um die Situation vor Ort und Probleme aus erster Hand kennenzulernen und gleichzeitig einen persönlichen Kontakt mit den Hauptakteuren aufzubauen.

## Verbesserung der Mittelinvestition und -verwaltung

Es ist offensichtlich, dass der wahre Wert unserer kohäsionspolitischen Mittel ohne eine solide und effiziente lokale und nationale Verwaltung im Zusammenhang mit der Investition und Verwaltung von EU-Mitteln in Gefahr ist. Deshalb ist dies für mich und mein Team seit dem Amtsantritt einer der Schwerpunkte. Wir haben erfolgreich eine Taskforce für eine bessere Umsetzung ins Leben gerufen, um einer Reihe von Ländern dabei zu helfen, die zur Verfügung stehende ESIF-Unterstützung effektiver zu nutzen. Es wurden maßgeschneiderte Aktionsteams eingerichtet, um sicherzustellen, dass die verbleibenden Mittel des Zeitraums 2007-2013 in die richtigen Programme und Projekte fließen und investiert werden.

Darüber hinaus haben wir uns auf den Ausbau der Verwaltungskapazität bestimmter Länder im Hinblick auf die Programmumsetzung im Zeitraum 2014-2020 konzentriert. Dazu gehören der Institutionenaufbau, die Weitergabe von Fähigkeiten sowie technische Hilfe, wofür 4,8 Mrd. EUR zur Verfügung stehen. Unser Ziel ist es, Beispiele für eine bewährte Vorgehensweise zu fördern und wann immer möglich, eine helfende Hand zu reichen: Wir können durch strategische Planung und ausreichend Kapazitäten für die Investitionsverwaltung sicherstellen, dass die Pläne, auf die wir uns geeinigt haben, vor Ort in konkrete Projekte umgesetzt werden.

## ESIF und *Fi-Compass*

Eine der Top-Prioritäten der Juncker-Kommission ist die Offensive zur Mobilisierung zusätzlicher Investitionsmittel in Höhe von wenigstens 315 Mrd. EUR für Europa. Die

Investitionsoffensive, die mittels des neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen umgesetzt wird, wird durch unsere Politik sowie die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds perfekt ergänzt.

Entscheidend für diesen Plan ist die radikale Erhöhung der Nutzung von Finanzinstrumenten und, wann immer möglich, die Umstellung von Finanzhilfen auf Darlehen. So können wir das Investitionsniveau erhöhen und die Realwirtschaft anregen. Ich bin sehr stolz auf unser neues Unterstützungsprogramm *Fi-Compass*, das im Januar angelaufen ist, um Verwaltungsbehörden und anderen Beteiligten Unterstützung und Beratungsleistungen zum Einsatz von Finanzinstrumenten zukommen zu lassen. *Fi-Compass* wurde von der Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank eingerichtet und wird praktisches Know-how und Lerninstrumente bereitstellen. Dazu gehören Anleitungen, Merkblätter zum schnellen Nachschlagen, E-Learning-Module, klassische Schulungen und Networkingveranstaltungen.

## Operationelle Programme

Bei der Abstimmung der einzelnen operationellen Programme mit den Mitgliedstaaten wurden erhebliche Fortschritte gemacht. Bislang wurden für die Haushaltsperiode 2014-2020 über 260 kohäsionspolitische Programme im Wert von über 256 Mrd. EUR genehmigt. Ist der Prozess einmal abgeschlossen, werden es fast 390 Programme mit einem Budget von über 351 Mrd. EUR sein, was die EU-Kohäsionspolitik weiter als Hauptinvestitionsinstrument der EU bestätigt.

Diese Programme sind hoch strategisch ausgelegt und konzentrieren sich mehr denn je auf Ergebnisse. Sie betreffen die dringlichsten Probleme Europas und seiner Bürger: Armut und Arbeitslosigkeit, Energieabhängigkeit und Klimawandel, die Notwendigkeit von Innovation und einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit. Was aber am wichtigsten ist: Sie werden greifbare Vorteile für das alltägliche Leben der Europäer mit sich bringen.

# ►UMSETZUNGS-TASKFORCE UND VERBESSERTE INVESTITIONSINITIATIVEN NEHMEN FAHRT AUF

Ohne solide und effiziente öffentliche Behörden kann der Erfolg der kohäsionspolitischen Programme und Projekte in den Mitgliedstaaten und Regionen nicht garantiert werden. Deshalb sind die Stärkung der Verwaltungskapazität und das Problem besserer Investitionen und einer besseren Verwaltung heute von entscheidender Bedeutung für die EU-Kohäsionspolitik 2014-2020. Derzeit laufen die neuen Programme an, während gleichzeitig die Projekte und Programme des vorherigen Zeitraums 2007-2013 abgeschlossen werden, sodass die Europäische Kommission diesen Bereich zu einem Handlungsschwerpunkt erklärt hat. Wie Corina Crețu im Editorial ausführte, bedeutet das Unvermögen, diese Mittel auszugeben sowie sie gut zu investieren und zu verwalten, eine verpasste Gelegenheit für die Bürger, direkt von der EU-Kohäsionspolitik zu profitieren.

Als Kommissarin Crețu im November 2014 ihr Amt antrat, war eine ihrer ersten Maßnahmen eine Initiative, die den Mitgliedstaaten und Regionen helfen sollte, die Mittel der Kohäsionspolitik besser zu nutzen. Die Einrichtung der Taskforce für eine bessere Umsetzung wurde als Möglichkeit gesehen, einigen Ländern, welche die Investitionen dringend benötigten, zu helfen die verfügbaren Mittel effektiver als bisher auszugeben und zu nutzen. In vielen Fällen hängt dieses Unvermögen direkt mit einer unzureichenden Verwaltungskapazität zusammen.

Die erweiterte Initiative zur Verbesserung der Investition und Verwaltung der kohäsionspolitischen Mittel besteht im Wesentlichen aus einem auf vier Säulen beruhenden Ansatz:

- Durch maßgeschneiderte Aktionsteams konzentriert sich die Taskforce zunächst auf den Verbrauch verbleibender Mittel des Zeitraums 2007-2013 und sie hilft sicherzustellen, dass diese Gelder in die richtigen Programme und Projekte fließen.



- ▶ Ein Schwerpunkt wird auf **den Kapazitätsaufbau für die Programme des Zeitraums 2014–2020** gesetzt, durch die Erfahrungen aus der Taskforce und durch verschiedene Maßnahmen, wie den Institutionenaufbau, Schulungen, Erfahrungsaustausch, den Austausch unter Kollegen sowie technische Hilfe, wofür den Mitgliedstaaten in diesem Programmplanungszeitraum 4,8 Mrd. EUR zur Verfügung stehen.
- ▶ Darüber hinaus wird die Kommission eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, die sich auf die Frage konzentrieren, warum **Regionen mit einem langsamen Wachstum**, in die im Rahmen der Kohäsionspolitik beträchtliche Investitionen geflossen sind, weiterhin hinterherhinken.
- ▶ Darüber hinaus hat sie eine Expertengruppe eingerichtet, welche **die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Vereinfachung der Nutzung der EU-Fonds unabhängig beurteilt** – darauf folgen dann Empfehlungen für eine mögliche Verbesserung.

Die Taskforce für eine bessere Umsetzung wurde eingerichtet, um bestimmten Ländern zu helfen, denen ihre Planungs- und Investitionskapazitäten Sorgen bereiten. Ein Teil der Herausforderung war die Fähigkeit, Mittel effektiv für die Projekte auszugeben, denen bereits im Programmplanungszeitraum 2007-2013 Gelder zugeteilt worden waren, sowie sicherzustellen, dass noch zur Verfügung stehende Mittel zu der richtigen Art von Projekten (um)geleitet werden. Dies hat jedoch auch wichtige Folgen für die neuen Programme für 2014-2020.

## Mittelinanspruchnahme

Die Aufmerksamkeit der Taskforce konzentriert sich auf eine Gruppe von Ländern, in denen die Inanspruchnahmerate deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt, d. h. unter 60% im Vergleich zu durchschnittlich 72% EU-weit bei Einrichtung der Taskforce. Diese Situation könnte zu einer „Aufhebung der Mittelbindung“ führen, was bedeutet, dass die Mittel, die den Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2007-2013 zugewiesen wurden, endgültig verloren gehen.



▶ Corina Crețu gibt am 24. März in Brüssel den Startschuss für TAIEX REGIO PEER 2 PEER. Die Plattform erlaubt es öffentlichen Behörden, Fachkenntnisse und vorbildliche Vorgehensweisen in ganz Europa auszutauschen, und wird die Nutzung und Verwaltung von EU-Mitteln weiter verbessern.

Die acht betroffenen Länder sind die Tschechische Republik, die Slowakei, Kroatien, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Italien und Ungarn. Die erste Maßnahme der Taskforce war eine Bestandsaufnahme und Analyse der Lage in jedem einzelnen Land. Bei einigen Ländern gibt es Probleme und Verzögerungen bei der Umsetzung großer Infrastrukturprojekte, insbesondere in den Bereichen Umwelt und Verkehr. Andere leiden eher an einer allgemein schwachen Verwaltungskapazität sowie eher strukturell und politisch bedingten Problemen. Naturgemäß konzentrieren sich jedoch Maßnahmen, welche die letztgenannten Probleme angehen, eher auf einen längeren Zeitraum und zeigen womöglich kurzfristig keine greifbaren Ergebnisse.

Die Taskforce ist für die Erarbeitung von Maßnahmenplänen für jeden der betroffenen Mitgliedstaaten – bzw. für die Überprüfung bereits bestehender Pläne – verantwortlich. Durch diesen Prozess werden ein Erfahrungsaustausch und die Verbreitung bewährter Vorgehensweisen unter den Beteiligten sichergestellt. Dies ist ein unerlässlicher Aspekt des Ansatzes der Kommission: Es geht nicht darum, mit dem Finger auf einzelne Länder zu zeigen, sondern bewährte Vorgehensweisen zu fördern und eine helfende Hand zu reichen. Einige Maßnahmenpläne wurden bereits abgeschlossen und von der Kommissarin genehmigt; bis Ende April 2015 sollen alle Pläne angelaufen sein.

## Technische Hilfe

Die Arbeit der Taskforce wird auf verschiedene Art und Weise durch eng verbundene Maßnahmen oder Initiativen erleichtert. Weitere Unterstützung könnte von der verstärkten Nutzung von Finanzinstrumenten kommen, um für zusätzliche Flexibilität zu sorgen.

Auch Maßnahmen im Bereich des Aufbaus der Verwaltungskapazität können gestärkt werden, insbesondere im Hinblick auf eine bessere Umsetzung im Zeitraum 2014-2020. Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, ihr Budget für die technische Hilfe effizienter und zielgerichteter zu nutzen, um ihre Verwaltungskapazität für eine bessere Programm- und Projektverwaltung zu stärken.

Zusätzlich nutzt die Kommission ihre eigene technische Hilfe, um Initiativen zu entwickeln, die darauf abzielen, Mitgliedstaaten in ihren Anstrengungen zum Kapazitätsaufbau zu unterstützen. Zum Beispiel hat das Kompetenzzentrum Stärkung von Verwaltungskapazitäten der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung eine Reihe von Schulungsveranstaltungen für Experten der Mitgliedstaaten organisiert, die sich auf die neuen behördlichen Anforderungen für 2014-2020 sowie die Betrugsprävention konzentrieren (siehe *Panorama Nr. 51*). Derzeit arbeitet es an einer weiteren Initiative zum Kapazitätsaufbau – einer Art „Partnervermittlung“ namens TAIEX-REGIO PEER 2 PEER, die den Erfahrungsaustausch unter Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, die in verschiedenen Mitgliedstaaten mit der Mittelverwaltung befasst sind, ermöglicht. Ein weiteres interessantes Projekt, das kürzlich in Zusammenarbeit mit Transparency International ins Leben gerufen wurde, sind

die „Integritätspakte“; sie sollen eine gute politische Steuerung in von der EU kofinanzierten Projekten fördern.

## Maßgeschneiderte Ansätze

Von der Sicherstellung von Transparenz im Rahmen des öffentlichen Auftragswesens bis zur Ermöglichung des Austausches zwischen Experten aus verschiedenen Mitgliedstaaten – diese verschiedenen Ansätze sind Teil eines kohärenten, dabei aber maßgeschneiderten Ansatzes der Europäischen Kommission, der darauf abzielt, eine helfende Hand zu reichen, die nötig ist, damit Investitionen erfolgreich sind und die Bürger davon profitieren können.

In allen betroffenen Mitgliedstaaten wurden bereits beträchtliche Anstrengungen unternommen, um Verzögerungen und Hindernisse anzugehen, die einer reibungslosen und effektiven Investition von EU-Mitteln im Wege stehen. Dazu gehören zum Beispiel Initiativen, die gemeinsam mit den Kommissionsdienststellen durch die Einrichtung nationaler und regionaler Maßnahmenpläne für eine engere Überwachung und die Inangriffnahme von Verzögerungen ergriffen werden. Im Fall von Rumänien und Italien war ihr Umfang ganz besonders breit gefächert und es konnten deutliche Ergebnisse erzielt werden, insbesondere durch die Erhöhung der finanziellen Abwicklungsrate und die Beschleunigung der physischen Umsetzung der Projekte vor Ort. Eine sorgfältige Neuausrichtung in praktisch allen betroffenen Mitgliedstaaten hat ebenfalls dazu geführt, dass Investitionen dorthin fließen können, wo sie das meiste erreichen können, ganz besonders in den Schwerpunktbereichen Umwelt (Abfall und Wasser) sowie Verkehr (insbesondere im Schienenverkehr). Um die Umsetzung zwischen den Programmplanungszeiträumen zu überbrücken, wurde die Möglichkeit einer schrittweisen Umsetzung eingeführt. Dieses Element wird in Mitgliedstaaten, die Schwierigkeiten mit der Umsetzung haben, auch in Zukunft umfassend eingesetzt werden. Die Mitgliedstaaten werden durch die Arbeit der Taskforce bei der genauen Umsetzung dieser Praktik unterstützt.

Durch diese Maßnahmen zur Neuausrichtung konnten ungefähr 10 Mrd. EUR gerettet werden, bei denen die Gefahr bestand, dass die Mittelbindung 2013 oder 2014 aufgehoben würde.

Lang- und mittelfristig hängt es von den Ländern selbst ab, sicherzustellen, dass die Bürger von den EU-Investitionen profitieren. Dazu müssen sie sich zu Maßnahmen verpflichten, die ihre Verwaltungskapazität verbessern und ihre öffentliche Verwaltung modernisieren. Die Kommission unterstützt dies sowohl durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds als auch durch praktische Maßnahmen, verlangt jedoch eine politische Selbstverpflichtung, nicht nur Strukturreformen durchzuführen, sondern in einigen Fällen auch die Kultur zu verändern.

### MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/policy/how/improving-investment/](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/how/improving-investment/)



► Die „Strukturfondsgala“ wurde von der Vertretung der Europäischen Kommission in Rumänien und der Structural Consulting Group organisiert.

## ► RUMÄNIEN FEIERT STRUKTURFONDSERFOLGE

**Auf einer Galaveranstaltung in Bukarest wurden rund 30 im Zeitraum 2007-2013 durch die EU-Strukturfonds finanzierte rumänische Projekte ausgezeichnet.**

Rumäniens „Strukturfondsgala“ fand im Dezember 2014 in Bukarest statt, um die Anstrengungen der Menschen zu würdigen und auszuzeichnen, die in dem Land erfolgreiche, von den Strukturfonds finanzierte Projekte begonnen und umgesetzt haben.

Die Preise wurden durch den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, **Jyrki Katainen**, und die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, **Corina Crețu**, verliehen.

Die Strukturfondsgala bildete den Abschluss einer Reihe von sieben regionalen Konferenzen, die 2014 unter dem Motto „Den Motor mit regionaler Entwicklung durch Strukturfonds neu starten“ abgehalten wurden.

Diese von der EU-Vertretung in Rumänien organisierte Konferenzreihe hatte sich vorgenommen, den Aufbau erfolgreicher Projekte und Erfahrungen mithilfe der Strukturfonds ins Rampenlicht zu rücken und so bewährte Vorgehensweisen

bei der Nutzung europäischer Mittel zu fördern sowie die geleistete gute Arbeit öffentlich zu machen.

Der Wettbewerb zog über 100 Beiträge an und war in 10 Kategorien unterteilt: Bildung, soziale Integration, anwenderfreundliche Verwaltung, erfolgreiche privatwirtschaftliche Initiativen, Tourismus, technologische Innovation, nachhaltige Entwicklung, ländliche und städtische Infrastruktur, Landwirtschaft und Fischerei, durch „alternative“ Quellen finanzierte Projekte.

Der Zeitpunkt für die Gala war gut gewählt, da die Finanzierungsperiode 2014-2020 gerade begonnen hat und die hochrangig besetzte Preisverleihung an erfolgreiche Projekte zu einer Kettenreaktion sowie einer verbesserten Inanspruchnahme europäischer Mittel in der Zukunft führen kann. Das Modell könnte auch in anderen Mitgliedstaaten übernommen werden, um bewährte Vorgehensweisen ins Rampenlicht zu rücken.

► MEHR DAZU  
[www.fonduri-structurale.ro](http://www.fonduri-structurale.ro)  
[www.proiecte-structurale.ro](http://www.proiecte-structurale.ro)

# ▶ DIE INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR EUROPA UND DIE ESI-FONDS

Ende 2014 kündigte die Europäische Kommission eine Investitionsoffensive für Europa als eine ihrer Prioritäten an<sup>(1)</sup>. Ihr Ziel ist es, zusätzliche Investitionen in die europäische Wirtschaft anzuregen, um Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Mobilisierung zusätzlicher Investitionen in Höhe von mindestens 315 Mrd. EUR zu fördern und die Art und Weise zu ändern, wie öffentliche Mittel strukturell ausgegeben werden, sodass neue Investitionen erschlossen werden.

Die zusätzliche Risikofinanzierung wird durch die erste Säule bereitgestellt: den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSl). Bei der zweiten Säule geht es darum, Investitionen durch eine bessere technische Hilfe in der Realwirtschaft zu verwirklichen. Dies muss durch eine Reihe von Maßnahmen ergänzt werden, um Investitionshindernisse zu beseitigen und einen echten Binnenmarkt zu schaffen – dies ist die dritte Säule.

EFSl-Ressourcen sollen die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) ergänzen. Es besteht die Möglichkeit, die Investitionsressourcen auf Ebene der einzelnen Projekte zu kombinieren, sodass ein Teil durch die ESIF und ein anderer Teil durch den EFSl unterstützt werden könnte. Für die Kombination von Fonds werden Regelungen zur Steuerung eingerichtet.

## Welche Rolle spielen die ESIF in der Investitionsoffensive für Europa?

Den Mitgliedstaaten und ihren Regionen stehen im Zeitraum 2014-2020 ungefähr 450 Mrd. EUR aus den ESIF zur Verfügung. Zusammenhalt, ländliche Entwicklung und die Meerespolitik machen gemeinsam den größten Investitionsbereich der EU für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum aus.

Die ESIF-Programme werden einen beträchtlichen Beitrag zu den Zielen der Investitionsoffensive leisten und der Einsatz der Mitgliedstaaten für eine effektivere Nutzung der ESIF ergänzt den Plan. Ziel ist es, die ESIF so zu strukturieren, dass sie durch den verstärkten Einsatz von Finanzinstrumenten mehr öffentliche und vor allem mehr privatwirtschaftliche Investitionen anziehen.

## Was sind ESIF-Finanzinstrumente?

Die Mitgliedstaaten und Regionen werden ermutigt, Finanzinstrumente als effiziente und nachhaltige Möglichkeit zu nutzen, Unterstützung zu leisten, die auf die Prioritäten eines von den ESIF kofinanzierten Programms ausgerichtet ist. Finanzinstrumente eignen sich für wirtschaftlich tragfähige Projekte, d. h. Projekte, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie ausreichend Einnahmen oder Rücklagen erwirtschaften, um die erhaltene Unterstützung zurückzahlen zu können.

Finanzinstrumente haben im Vergleich zu herkömmlichen Finanzhilfen mindestens vier wichtige Vorteile:

- ▶ Mit demselben Budget **können viel mehr Investitionen durchgeführt werden** (Hebelwirkung).
- ▶ Da Finanzinstrumente normalerweise die Beteiligung privatwirtschaftlicher Akteure (Banken oder Unternehmen) einschließen, bieten sie einen **automatischen Anreiz für die wirtschaftliche Tragfähigkeit der unterstützten Investition**.
- ▶ Da sie revolvierend sind, stehen Finanzinstrumente **auch nach Ende des Programmplanungszeitraums weiterhin zur Verfügung**.
- ▶ Darüber hinaus sind sie flexibel und können (wie unten beschrieben) **Unterstützung auf die Art und Weise gewährleisten, die sich am besten für die Investition eignet**.

## Beispiele für Finanzinstrumente

▶ **DARLEHEN** gehen an ein Unternehmen oder eine Person und müssen nach einem vorab festgelegten Plan zurückgezahlt werden. Subventionierte Darlehen kommen zum Einsatz, wenn Banken nicht gewillt sind, einen Kredit zu gewähren oder Mittel zu besseren Konditionen anzubieten (z. B. zu einem niedrigeren Zinssatz, mit einem längeren Rückzahlungszeitraum oder niedrigeren Sicherheitsanforderungen).

▶ **ESTLAND** Mit einem vom EFRE finanzierten Darlehensplan wurde die Modernisierung von 619 Wohngebäuden mit über 22 000 Einzelwohnungen unterstützt, was zu beträchtlichen Energieeinsparungen und einem besseren Lebensumfeld für die Bewohner geführt hat.

▶ **MIKROKREDITE** sind kleine Darlehen, die an Personen und sehr kleine Unternehmen gehen, die oft keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen haben. Sie werden meistens für einen kurzen Zeitraum bereitgestellt und es ist in der Regel keine oder nur eine geringe Sicherheit erforderlich.

▶ **UNGARN** Mit einem vom EFRE finanzierten gemischten Mikrokredit- und Darlehensplan konnte die Lage von über

(1) Eine Investitionsoffensive für Europa (COM[2014] 903 endg.).



## WIE FUNKTIONIEREN ESIF-FINANZIERUNGSMITTEL? ▼



9 000 wachsenden Kleinunternehmen verbessert werden, indem sie besseren Zugang zu Finanzmitteln erhielten.

► **BÜRGschaften** geben Kreditgebern die Sicherheit, dass ihr Kapital ganz oder teilweise zurückgezahlt wird, wenn ein Schuldner sein Darlehen nicht zurückzahlen kann.

**RUMÄNIEN** Ein vom ELER finanzierter Bürgschaftsplan gewährte 694 Empfängern (Landwirten und ländlichen KMU) Bürgschaften, um ihnen zu helfen, ihre Produktionsmethoden zu verbessern und die Umwelt zu schützen und zu verbessern. Dies hat bisher zur Schaffung oder zum Erhalt von 10 200 Arbeitsplätzen beigetragen.

► **BEI BETEILIGUNGSKAPITALINSTRUMENTEN** wird im Gegenzug zur vollständigen oder teilweisen Eigentümerschaft an einem Unternehmen Kapital in dieses investiert; der Investor übernimmt unter Umständen eine gewisse Leitungsfunktion über die Firma und erhält eventuell einen Anteil am Gewinn. Zu diesen Instrumenten gehören Risikokapital (manchmal auch Wagniskapital genannt), Anschubfinanzierungen und Startkapital. Die Rendite hängt vom Wachstum und der Rentabilität des Unternehmens ab.

**DEUTSCHLAND** Durch ein vom EFRE finanziertes Risikokapitalinstrument wurde in 45 junge Unternehmen in Sachsen investiert. Dies hat ihnen geholfen, die schwierige

Anfangsphase zu überstehen, und ihr Wachstum unterstützt, sodass sie innovative Ideen und Technologien nutzen konnten. Dies hat bisher zur Schaffung oder zum Erhalt von über 450 Arbeitsplätzen beigetragen.

### Wie funktionieren ESIF-Finanzinstrumente?

Bevor einem Finanzinstrument Geld zugewiesen wird, müssen die Verwaltungsbehörden ermitteln, was, warum und von wem benötigt wird. In einer Region könnten zum Beispiel Hightechunternehmen angesiedelt sein, die keinen Zugang zu einer normalen Bankfinanzierung haben, da ihre Projekte zu risikoreich sind. Oder vielleicht gibt es sehr kleine Firmen und Unternehmer, die keine Kredite bekommen, da sie noch keine frühere Geschäftsbeziehung mit der Bank vorweisen können oder keine Sicherheiten anbieten können. Nach einer gründlichen Beurteilung des Bedarfs könnten ein oder mehrere Finanzinstrumente eingerichtet werden.

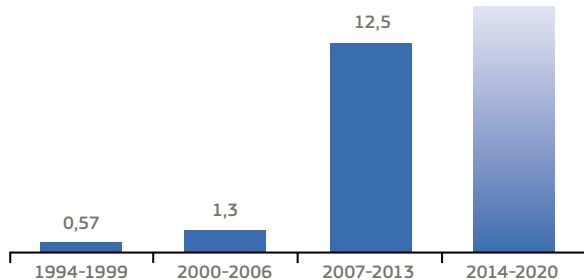
Finanzinstrumente werden in der Regel von national oder regional tätigen Finanzinstituten (wie Banken) verwaltet. Diese werden ausgewählt und mit der Durchführung des Finanzinstruments im Namen der Verwaltungsbehörde

betrachtet. Die Finanzinstrumente, die ESIF-Mittel nutzen, kommen deshalb auf regionaler oder lokaler Ebene zum Einsatz, und zwar oft durch Institute, die bereits mit denen, die letztendlich die Unterstützung erhalten, vertraut sind.

## Unterstützung der EU-Regionen für eine umfassendere und bessere Nutzung von EU-Finanzinstrumenten

In den letzten Jahren konnten die Finanzinstrumente im Rahmen von EFRE- und ESF-Programmen erheblich ausgeweitet werden: geografisch, finanziell und auch im Hinblick auf die Branchen. Es wird davon ausgegangen, dass die Summen 2014-2020 im Zuge der Investitionsoffensive für Europa noch weiter steigen werden. Insgesamt soll die Nutzung von Finanzinstrumenten mehr als verdoppelt werden.

### PROGRAMMBEITRÄGE ZU FINANZINSTRUMENTEN (MRD. EUR)



### Ein solider und spezifischerer rechtlicher Rahmen

Die Umorientierung hin zu einer stärkeren Nutzung von Finanzinstrumenten wird durch einen rechtlichen Rahmen gestützt, der ihren Einsatz auf alle Arten von ESIF-Programmen (nationale, regionale, transnationale und grenzüberschreitende) und alle elf thematischen Ziele der ESIF ausweitet. Darüber hinaus haben Verwaltungsbehörden mehr Umsetzungsoptionen, sogenannte Standardinstrumente, die zu festen Konditionen angeboten werden.

Der viel solidere und spezifischere rechtliche Rahmen geht auch die Schwächen der Gesetzgebung im Zeitraum 2007-2013 an, die gelegentlich zu vage formuliert war und zu einigen negativen Entwicklungen geführt hat, z. B. zum „Parken“ von Geld in Holding-Fonds, um die Vorschriften zum Förderzeitraum zu umgehen, ohne dass die Realwirtschaft erreicht wurde. Inzwischen gelten neue Schutzbestimmungen: Die verpflichtende *Vorab*-Bewertung soll sicherstellen, dass Finanzinstrumente nur dann geschaffen werden, wenn sie gebraucht werden, schrittweise Zahlungen stellen sicher, dass nur dann weitere Mittel bereitgestellt werden, wenn frühere Mittel in die Realwirtschaft investiert wurden, und die leistungsorientierte Verwaltungsgebühr ist ein weiterer Anreiz für Fondsmanager, dies so bald wie möglich umzusetzen.

## FI-COMPASS AUF KURS

Fi-Compass wurde am 19. und 20. Januar auf einer öffentlichen Konferenz in Brüssel, die über 400 Verwaltungsbehörden, Finanzinstitute und andere Interessenvertreter anzog, von der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank ins Leben gerufen.

Die Partnerschaft zwischen der Kommission und der EIB wurde von **Jyrki Katainen**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, und **Wilhelm Molterer**, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, unterstrichen, die ihrem gemeinsamen Wunsch, eine Zunahme der ESIF-Finanzinstrumente zu erleben, Ausdruck verliehen und Fi-Compass fest in den Kontext der Investitionsinitiative für Europa einbanden.

Hauptschwerpunkt war, zu lernen, wie Finanzinstrumente die Nutzung von Finanzhilfen aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ergänzen können.

Dabei konzentrierte man sich deutlich auf das Lernen aus der Praxis, wozu „Pioniere“ im Bereich Finanzinstrumente ihr Know-how weitergaben und über Erfolge berichteten. Verschiedene nationale und lokale Behörden brachten Fallstudien mit, die Beispiele für das Überwinden administrativer Hindernisse, den Aufbau guter Partnerschaften und die erfolgreiche Umsetzung aus dem Zeitraum 2007-2013 hervorhoben.

MEHR DAZU  
[www.fi-compass.eu](http://www.fi-compass.eu)





▶ Jyrki Katainen, Vizepräsident der Europäischen Kommission (rechts) und Wilhelm Molterer, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (links) beim Start von Fi-Compass.



## Technische Beratung: Fi-Compass

Durch die neue Fi-Compass-Initiative werden Verwaltungsbehörden und anderen Beteiligten Hilfe und Beratungsleistungen bereitgestellt, damit sie alle Gelegenheiten nutzen können, welche die ESIF-Finanzinstrumente bieten. Fi-Compass wird außerdem ein wichtiger Teil der Beratungsplattform der Investitionsoffensive für Europa sein.

Fi-Compass wurde von der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank eingerichtet. Er ist ein einzigartiger Dienst für alle Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und alle thematischen Ziele. Deshalb ersetzt er die erfolgreichen Initiativen zur technischen Hilfe des Programmplanungszeitraums 2007-2013: JEREMIE für Unternehmen, JESSICA für Stadtentwicklung und JASMINE für Mikrokredite.

## Horizontale Komponente von Fi-Compass

Fi-Compass enthält eine horizontale Komponente, über die das für die Umsetzung von ESIF-finanzierten Finanzierungsinstrumenten erforderliche Know-how aufgebaut und verbreitet wird und von der alle ESIF-Verwaltungsbehörden profitieren werden. Sie ist so gestaltet, dass sie ihre Bedürfnisse erfüllt, indem sie praktisches Wissen und Lerninstrumente, wie Anleitungen, Merkblätter zum schnellen Nachschlagen, E-Learning-Module, klassische Schulungen und Networkingveranstaltungen bereitstellt.

## Multiregionale Komponente von Fi-Compass

Zu Fi-Compass gehört eine multiregionale Komponente, die auf Basis von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen Projekten von mindestens zwei Verwaltungsbehörden, die mindestens zwei Mitgliedstaaten abdecken, EU-Mittel bereitstellt, um die mögliche Nutzung von ESIF-Finanzinstrumenten, mit denen ein gemeinsamer Investitionsbedarf der Regionen angegangen werden könnte, zu bewerten. Dazu gehören üblicherweise vorbereitende Arbeiten wie Marktanalyse und die mögliche Konzeptionierung von Finanzinstrumenten, insbesondere in spezifischen thematischen Bereichen, wie der Integration von Roma oder im Kontext makroregionaler Strategien. Mit den Projekten im Rahmen der multiregionalen Komponente erhalten Verwaltungsbehörden aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten eine einmalige Gelegenheit, mit anderen Verwaltungsbehörden sowie mit Finanzinstituten zusammenzuarbeiten und gemeinsam zu lernen.

### MEHR DAZU

Weitere Details zu Maßnahmen im Rahmen der horizontalen Komponente von Fi-Compass finden Sie im Arbeitsprogramm für das Jahr 2015, das zusammen mit Neuigkeiten zu Aufrufen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der multiregionalen Komponente von Fi-Compass unter folgender Adresse zur Verfügung steht:  
[www.fi-compass.eu](http://www.fi-compass.eu)

# ▶ SLOWENIEN KONZENTRIERT SICH AUF LANGFRISTIGES WACHSTUM UND ENTWICKLUNG



**Panorama spricht mit Alenka Smerkolj, Ministerin für Entwicklung, Strategieprojekte und Zusammenhalt, über die Annahme der slowenischen Partnerschaftsvereinbarung und das operationelle Programm sowie das Ziel für die Unterstützung des Landes aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds.**

▶ **Wie haben Sie den Vorbereitungsprozess für Ihre Partnerschaftsvereinbarung organisiert? Welche Hauptstärken hatte das System?**

Die letzten Monate des Jahres 2014 waren für alle, die an der Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik in Slowenien beteiligt waren, sehr dynamisch. Im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 stehen Slowenien 3,2 Mrd. EUR zu bzw. 4,1 Mrd. EUR einschließlich der Mittel, die im Rahmen der Landwirtschafts- und Fischereipolitik zur Verfügung stehen. Ich bin sehr zufrieden damit, dass Slowenien in Zusammenarbeit mit den Fachministerien und der Europäischen Kommission den Vorbereitungsprozess für beide Hauptdokumente, nämlich die Partnerschaftsvereinbarung, die Ende Oktober angenommen wurde, sowie das Mitte Dezember angenommene operationelle Programm erfolgreich abschließen konnte.

Das Regierungsbüro für Entwicklung und EU-Kohäsionspolitik (GODC), dem ich vorstehe, hat den Erarbeitungsprozess für die beiden Dokumente koordiniert, die von den Fachministerien sowie anderen beteiligten Interessengruppen entwickelt wurden, wobei stets die Prinzipien der Transparenz und der Regelkonformität mit den im Rahmen des *gemeinschaftlichen Besitzstands* der EU festgelegten Dokumenten berücksichtigt wurden. Die branchenspezifischen Beiträge, welche die Umsetzung einzelner politischer Ansätze der Entwicklung betreffen, wurden von den Fachministerien erarbeitet, wobei eine aktive Koordination und Konsultation mit den Räten der beiden Kohäsionsregionen sowie den Sozialpartnern, Vertretern der Jugend sowie der Wirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen, stattfand. Wir wollten die Methode, die bisher genutzt wurde – nämlich die Zuweisung von Anteilen an Ministerien sowie an untergeordnete territoriale Ebenen – hinter uns lassen. Unser Ziel war es, eine Fragmentierung der Investitionen und in

einigen Fällen eine Maßnahmenverdoppelung zu vermeiden. Ich glaube, es ist uns gelungen, die Programmplanung effizient abzuschließen.

▶ **Inwiefern sind die Partnerschaftsvereinbarung und das operationelle Programm das Ergebnis einer Partnerschaft zwischen den wichtigsten Beteiligten (Ministerien, Regionen, Städte, Unternehmen, Akademiker, Nichtregierungsorganisationen usw.)?**

Eine umfassende Koordinierung ist unerlässlich, wenn man hochwertige Strategiedokumente ausarbeiten will. Wir organisierten öffentliche Debatten, Workshops, Konsultationen und 24 Besuche in Regionen. An diesen Debatten nahmen Vertreter aller wichtigen Interessengruppen teil. Manchmal gab es durchaus einige Unstimmigkeiten, doch wir konnten diese beilegen und uns auf unsere gemeinsamen Interessen konzentrieren, nämlich Empfängern so bald wie möglich den Zugang zu EU-Mitteln zu ermöglichen, insbesondere, da EU-Mittel derzeit die einzigen Ressourcen sind, die für die Entwicklung zur Verfügung stehen. Die Dokumente spiegeln deshalb den umfassenden Konsens wider, der im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik 2014-2020 in Slowenien erreicht wurde.

▶ **Was erwarten Sie von der engen Koordination der Ausarbeitung von fünf Fonds? Wie werden Sie für einen kohärenten Ansatz sorgen?**

Ich kann ohne Zweifel sagen, dass die Annahme der Partnerschaftsvereinbarung die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden weiter stärken und mehr Möglichkeiten zur Integration eröffnen wird. Tatsächlich sollten die Ressourcen, die aus den fünf Fonds zur Verfügung stehen, verwendet werden, um ausgewählte thematische Ziele zu verwirklichen. Wir haben die Mechanismen zur Koordinierung der Umsetzung festgelegt, aber in die Verbesserung der alltäglichen Zusammenarbeit sowie den Austausch von Informationen und Ideen auf operationeller Ebene muss noch viel Arbeit gesteckt werden.

▶ **Was sind die größten Änderungen im operationellen Programm im Vergleich zum Zeitraum 2007-2013?**

Die erste Aufgabe war, unsere Denkweise zu verändern. Jetzt müssen wir unsere Maßnahmen verändern. Wir lassen die Investitionen in Infrastruktur hinter uns und konzentrieren



► LJUBLJANA, SLOWENIEN: Neue Gebäude der Fakultät für Chemie und technische Chemie sowie der Fakultät für Computer- und Informationswissenschaft haben die Kapazität in den Naturwissenschaften und der technischen Forschung gesteigert.

„ Das Ziel wird nicht länger sein, einfach alle verfügbaren EU-Mittel in Anspruch zu nehmen, sondern auch, langfristige Vorteile und positive Ergebnisse für Slowenien zu schaffen. “

► ALENKA SMERKOLJ – MINISTERIN FÜR ENTWICKLUNG, STRATEGIEPROJEKTE UND ZUSAMMENHALT, SLOWENIEN

uns mehr auf Projekte mit klar definierten Strategien, konkreten Zielen und Ergebnissen: Das ist der Hauptunterschied, wenn wir die Programmplanungszeiträume 2014-2020 und 2007-2013 vergleichen. Bis 2023 möchten wir Projekte kofinanzieren, welche die Wettbewerbsfähigkeit der slowenischen Wirtschaft verbessern und hochwertige, langfristige Arbeitsplätze schaffen. So möchten wir eine Reihe von Änderungen im Hinblick auf die Umsetzung einführen, nämlich die Einführung wettbewerbsorientierter Ausschreibungen, elektronischer Ausschreibungen sowie die Kombination erstattungsfähiger und nicht erstattungsfähiger Finanzierungsquellen. Darüber hinaus möchten wir eine elektronische Anlaufstelle einrichten, wo mögliche Empfänger alle relevanten Informationen erhalten können. Das Ziel wird nicht länger sein, einfach alle verfügbaren EU-Mittel in Anspruch zu nehmen, sondern auch, langfristige Vorteile und positive Ergebnisse für Slowenien zu schaffen.

► Mit welchen Ergebnissen rechnen Sie am Ende des Siebenjahreszeitraums?

Bislang war Slowenien bei der Inanspruchnahme von EU-Mitteln erfolgreich und wir haben allen Grund, anzunehmen, dass Slowenien bis Ende 2015 die Mittel des Zeitraums 2007-2013 soweit irgendwie möglich in Anspruch genommen haben wird. Jede Region und Gemeinde in Slowenien hat mindestens ein Projekt umgesetzt, das von der EU unterstützt wurde; tatsächlich wurden insgesamt über

5 000 Projekte durchgeführt, was allein schon Grund genug ist, optimistisch zu sein. Was die Inanspruchnahme der EU-Mittel angeht, glaube ich, dass eine strahlende Zukunft vor uns liegt. Wir verfügen über das notwendige Wissen und die notwendige Erfahrung und es ist jetzt unsere Aufgabe, dieses Wissen und diese Erfahrung im Programmplanungszeitraum 2014-2020 noch weiter auszubauen. Derzeit ist die Aufgabe aller, die an der Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik beteiligt sind, bei der Beurteilung, welche Projekte für die Entwicklung Sloweniens relevant sind, realistisch vorzugehen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, gut entwickelte Projekte vorzubereiten und sie nicht nur im Hinblick auf die Inanspruchnahme erfolgreich umzusetzen, sondern auch im Hinblick auf die Verwirklichung der gesetzten Ziele und geplanten Ergebnisse. Erst wenn wir all dies erreicht haben, können wir auch unseren Erfolg beurteilen. Ich glaube an unseren Erfolg.

► Was haben Sie aus diesem Prozess gelernt und was würden Sie im Rückblick anders machen?

Wie Sie wissen, hat Slowenien in den letzten drei Jahren mehrere Veränderungen in der Regierung und andere organisatorische Veränderungen erlebt, welche die Erarbeitung der Dokumente – ganz ohne Zweifel – behindert haben. Angesichts der Erfahrungen, die wir inzwischen gewonnen haben, würden wir systematischer an den Ausarbeitungsprozess herangehen und eine stabilere Regierungsstruktur würde definitiv zur Einhaltung strengerer Leitlinien beitragen. Wir würden auch externe Experten einladen, sich am Ausarbeitungsprozess der Dokumente zu beteiligen.

► MEHR DAZU  
[www.svrk.gov.si/en/](http://www.svrk.gov.si/en/)



REPUBLIC OF SLOVENIA  
GOVERNMENT OFFICE FOR DEVELOPMENT  
AND EUROPEAN COHESION POLICY

# ▶DIE KOHÄSIONSPOLITIK IN DEUTSCHLAND

## VORTEILE BEI DER UMSETZUNG DURCH VORABPLANUNG



**Für die Umsetzung von Finanzierungsprogrammen ist in Deutschland die Zusammenarbeit vieler Behörden auf Bundes- und Landesebene erforderlich. Panorama hat mit dem Staatssekretär des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Rainer Baake, über die Bedeutung der Aufnahme frühzeitiger Gespräche und zukünftige Herausforderungen, denen sich Deutschland gegenüber sieht, gesprochen.**

▶Welche Vereinbarungen wurden für die Ausarbeitung der deutschen Partnerschaftsvereinbarung (PA) getroffen? Welche Stärken und Schwächen hatte der Prozess?

Die Partnerschaftsvereinbarung wurde in enger Zusammenarbeit mit den Bundes- und Landesbehörden erarbeitet. Dies entspricht dem föderalen Aufbau Deutschlands: Die Bundesbehörden sind der erste Anlaufpunkt in Angelegenheiten im Zusammenhang mit der EU und in diesem Fall ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für die Koordinierung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sowie die Ausarbeitung der PA verantwortlich. Dennoch sind Landesbehörden für die regionale Wirtschaftspolitik zuständig. Sie bestimmen ihre eigenen regionalen Finanzierungsstrategien und erarbeiten die operationellen Programme (OPs) auf Basis dieser Strategien.

Wir verfügen über ein System der Multi-Level-Governance und die Bundes- und Landesbehörden haben von Beginn an bei der PA eng zusammengearbeitet. Die Partnerschaftsvereinbarung und die operationellen Programme wurden soweit wie möglich parallel ausgearbeitet.

Wir haben mit der Arbeit an der PA sehr früh begonnen – bereits Mitte 2012 – parallel zum ersten Entwurf des Gesetzgebungspakets der Kommission. Zu diesem Zeitpunkt forderte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die anderen Bundesministerien, die Landesregierungen und

Vertreter der Zivilgesellschaft auf, sich an dem Prozess zu beteiligen. Wir diskutierten die Ausrichtung der Strategie in einem ersten „Workshop“ und erstellten einen genauen Zeitplan. Die Gespräche, die sich teilweise mit den EU-Mitteln insgesamt, teilweise mit bestimmten Mitteln befassten, entwickelten sich im Verlauf des Prozesses. Außerdem stellten wir sicher, dass die Europäische Kommission von Anfang an eng in die Gespräche eingebunden war.

Aufgrund der gemeinsamen Arbeit konnten wir der Europäischen Kommission bereits im August 2013 einen ersten informellen Entwurf vorlegen. Daraufhin folgten intensive Verhandlungen mit der Kommission. Der Text wurde, wo dies als notwendig erachtet wurde, überarbeitet. So konnten wir Anfang 2014 die offizielle Fassung einreichen, die im Mai 2014 von der Kommission genehmigt wurde.

▶Inwiefern ist die PA Ihrer Meinung nach das Ergebnis der Partnerschaft zwischen den wichtigsten Beteiligten (Ministerien, Ländern, Städten, Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, etc.)?

Die Ausarbeitung der PA als übergeordnete Strategie für ungefähr 50 operationelle Programme wäre ohne die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten sicherlich nicht möglich gewesen. Neben unserer intensiven Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und den Ländern beteiligten sich auch wirtschaftliche und Sozialpartner, wissenschaftliche Einrichtungen und Vertreter der Städte und Gemeinden intensiv an der Vorbereitung auf den neuen Finanzierungszeitraum. Diese Form der Zusammenarbeit hat in Deutschland eine lange und hoch geschätzte Tradition. Im derzeitigen Finanzierungszeitraum wurde sie noch ausgeweitet: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stellte sicher, dass Vertreter der deutschen Dachverbände von Anfang an in die Vorbereitungen für die PA eingebunden waren. Insbesondere waren sie an allgemeinen Informationsveranstaltungen und bei der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt. Sie hatten regelmäßig Gelegenheit, Punkte vorzubringen, die sie als wichtig erachteten.

Außer der Zusammenarbeit auf Bundesebene gab es auch eine intensive Zusammenarbeit auf Landesebene: Auch die



Länder stellten sicher, dass wirtschaftliche, Sozial- und andere Partner von Anfang an intensiv in die Planung ihrer OPs eingebunden waren.

Unsere Partner trugen umfassend zu den Diskussionen zum Inhalt und somit zum Erfolg des Prozesses bei. Dieser Ideenaustausch war besonders wichtig, da wir aufgrund der Verpflichtung zur „thematischen Konzentration“ mehr denn je unter Druck standen, Prioritäten zu setzen. Die Notwendigkeit, die Ressourcen zu konzentrieren, ist aufgrund der Mittelkürzungen im aktuellen Zeitraum tatsächlich noch weiter gestiegen. Wir freuen uns, dass wir mit unseren Partnern in dieser Angelegenheit einen breiten Konsens erreichen konnten.

► **Mit welchen Ergebnissen rechnen Sie für Deutschland am Ende des Finanzierungszeitraums 2014-2020?**

Schon im Zeitraum 2007-2013 waren die deutschen Programme auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet. Der Fokus lag insbesondere auf der Finanzierung von Forschung und Innovation, Bildung, KMU, einer ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einer anständigen Infrastruktur. Im Einklang mit regionalpolitischen Zielen wurde bei der Finanzierung der Schwerpunkt auf weniger entwickelte Regionen gelegt.

Studien haben gezeigt, dass dies der richtige Ansatz war. Wir rechnen deshalb damit, dass wir verschiedene erfolgreiche Maßnahmen im aktuellen Finanzierungszeitraum umsetzen können. Andererseits sehen wir uns auch neuen und zunehmenden Herausforderungen gegenüber, die wir in Zukunft berücksichtigen müssen. Dazu gehören der demografische Wandel, der drohende Fachkräftemangel, der Klimawandel und die Energiewende. Darüber hinaus müssen wir Bereiche berücksichtigen wie Ungleichgewichte in der Innovation zwischen Unternehmen und das Armutsrisiko bestimmter Bevölkerungsgruppen sowie die Entwicklung von Gebieten mit einer besonders schwachen Infrastruktur.

Viele dieser Herausforderungen finden sich in allen Regionen. Es kann jedoch nicht geleugnet werden, dass es selbst in Deutschland erhebliche regionale Unterschiede gibt. Wir möchten diese Ungleichheiten mithilfe der ESI-Fonds bis 2020 weiter reduzieren, indem wir Mittel auf zielgerichtete Art und Weise zuweisen, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

► **Was haben Sie aus dem Prozess gelernt und was würden Sie im Rückblick anders machen?**

Wir sind sehr zufrieden damit, dass wir mit allen Beteiligten während der Erarbeitung und Entwicklung der PA so eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten konnten. Auch die Entscheidung, so früh mit der Arbeit an der PA zu beginnen, hat sich als sehr gut erwiesen. Dies war in gewisser Weise eine mutige Entscheidung, da zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar war, wie der rechtliche Rahmen am Ende aussehen würde. Wir mussten deshalb zu einem gewissen Grad flexibel sein und während der informellen Gespräche war ein konstruktiver Ideenaustausch zwischen allen Beteiligten erforderlich.

Gelegentlich, besonders als es um die Stadtentwicklung ging, hätten wir es vorgezogen, wenn die Kommission ihre Anforderungen früher und klarer vorgelegt und sie nicht mehr – manchmal geschah dies sehr spät im Prozess – geändert hätte. Insgesamt war der Dialog mit der Kommission jedoch sehr konstruktiv. Insbesondere das deutsche Referat und der Direktor, der in der Generaldirektion für Regionalpolitik zuständig war, haben uns im Verlauf der Gespräche sehr unterstützt. Gemeinsam fanden wir gute Kompromisse, welche die erfolgreiche Fortführung der Finanzierung aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Deutschland bis 2020 sicherstellen sollten.

► **MEHR DAZU**  
[www.die-strukturfonds.de](http://www.die-strukturfonds.de)



Federal Ministry  
for Economic Affairs  
and Energy

# ► NORD-PAS DE CALAIS – EINE REGION WANDELT SICH



**Die französische Region Nord-Pas de Calais durchläuft derzeit aufgrund ihrer regionalen operationellen Programme und der Unterstützung durch EU-Mittel einen Modernisierungsprozess. Daniel Percheron, Präsident des Regionalrats Nord-Pas de Calais, spricht über die bisherigen Änderungen und welche noch anstehen, wenn die Region Anfang 2016 mit der benachbarten Picardie fusioniert.**

► Wie sind die Verhandlungen über die Annahme des operationellen Programms (OP) für Ihre Region verlaufen? Welche Veränderungen gab es im Vergleich zu den vorherigen Verhandlungen?

Ich kann mich über die Qualität der Gespräche, die im Verlauf der Verhandlungen mit den Vertretern der Generaldirektion Regionalpolitik stattgefunden haben, nur lobend äußern. Dank dieser Gespräche konnte am 11. Dezember des letzten Jahres das regionale OP für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung/Europäischen Sozialfonds (EFRE/ESF) nach zwei Jahren Arbeit angenommen werden.

Die Region Nord-Pas de Calais hat, gemeinsam mit dem französischen Staat, bei der Organisation wichtiger Konsultationen auf regionaler Ebene im Sinne des „Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaft im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds“ die Initiative ergriffen. Dafür haben wir vier Arbeitsgruppen organisiert, denen lokale Interessengruppen und Experten angehörten (aus den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Forschung, KMU und IKT, Umwelt, Anpassung an den Klimawandel und Verkehr, Bildung, Ausbildung und soziale Integration, städtische, ländliche und Küstengebiete). Jede Gruppe traf sich mindestens dreimal; an diesen Gesprächen nahmen durchschnittlich 150 Personen teil. Die regionalen Konferenzen und Lenkungsausschüsse, zu denen politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger aus der Region zusammenkamen, gingen mit viel Energie an die Aufgabe heran. Darüber hinaus gingen nicht weniger als 800 schriftliche Beiträge ein, die unser operationelles Programm bereichert haben.

Die wichtigste Änderung in diesem neuen Zeitraum ist die Tatsache, dass die Verantwortung für die Verwaltung der dezentralisierten staatlichen Dienstleistungen in der Region auf die regionalen Institutionen übertragen wurde, die jetzt im Hinblick auf die Mittelverwaltung an vorderster Front stehen. Deshalb wurden die Verhandlungen diesmal zum ersten Mal von den Regionen geleitet. Neben der Übertragung dieser neuen Verantwortungsbereiche, wurde auch Personal vom Staat übernommen und innerhalb unserer Dienste fand eine Umorganisation statt.

► Wie kann die Kohäsionspolitik zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region Nord-Pas de Calais beitragen? Warum gehören zum OP erhebliche Investitionen im ökologischen Bereich? Welche Bereiche möchten Sie gern im Hinblick auf die intelligente Spezialisierung priorisieren?

Dank der Kohäsionspolitik ist es der Region gelungen, ihre Stärken durch die mobilisierten Mittel zu bewahren und oft weiter zu verbessern: Die Hochschulbildung und Forschungskapazität wurden gestärkt, eine insbesondere auf wettbewerbsfähigen Clustern basierende regionale Innovationsstrategie wurde umgesetzt, Bereiche, in denen wir Exzellenz bewiesen haben, wurden anerkannt und neue Tätigkeitsbereiche für die Zukunft haben sich aufgetan, die Region erhielt ein neues Image und wurde attraktiver gemacht, was zum Beispiel der Louvre-Lens deutlich zeigt. Darüber hinaus hat die Notwendigkeit zur Innovation und zum Abbau der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen dazu geführt, dass die Beteiligten echte auf der Energiewende und der ökologischen Wende basierende Wirtschaftsreformen angingen: die dritte industrielle Revolution in Zusammenarbeit mit dem Ökonomen **Jeremy Rifkin**.

Wie Sie sicher wissen, ist die Umwelt für eine Region wie die unsere, die derzeit einen industriellen Wandel durchläuft, ein sehr wichtiges Thema. In unserer Region müssen wir uns mit dem Narben einer sehr von der Schwerindustrie geprägten Vergangenheit auseinandersetzen, zum Beispiel mit zahlreichen Industriebrachen.

Die Frage der intelligenten Spezialisierung im Rahmen unserer regionalen Forschungs- und Innovationsstrategie ist also für die wirtschaftliche Zukunft unserer Region von entscheidender Bedeutung. Wir haben uns entschlossen, sie auf sechs strategische Maßnahmenbereiche auszurichten:



Verkehr und umweltfreundliche Mobilität, Gesundheit und Lebensmittel, umfassende Digitalisierung und das Internet der Dinge, Chemie, Materialien und Recycling, digitalisierte Bildung und Kreativwirtschaft sowie Energie.

▶ **Grundsätzlich hört man den Ruf nach einer Vereinfachung der Verwaltung der europäischen Mittel. Wie kann die Region speziell dazu beitragen?**

Es ist sehr wichtig, Projektleiter so viel wie möglich zu unterstützen, und es ihnen leichter zu machen, EU-Mittel zu beantragen. Ein spezifisches Beispiel ist die Erarbeitung eines Umsetzungsdokuments für alle, die Mittel erhalten. Dieser Leitfaden soll alle relevanten Informationen in Form von Maßnahmenkarten zusammenfassen, welche die Verfahren und die wichtigsten Regeln zur Förderfähigkeit erklären.

▶ **Wie verlief der Einführungstag des EFRE-/ESF-OPs, am 19. Februar? Welche Schritte stehen als Nächstes an?**

Das Interesse am Einführungstag übertraf unsere Erwartungen: Über 1 300 Menschen meldeten sich dafür an. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, dass uns Europa wichtig ist. Es beweist auch, wie wichtig es ist, dass Interessengruppen aus unserer Region sich diesem neuen europäischen Finanzierungsprogramm verschreiben, das den wichtigen Vorteil hat, uns in den nächsten sieben Jahren finanzielle Transparenz zu bieten. Dieser Aspekt ist gerade in einer Zeit wichtig, in der die öffentlichen Finanzen besonders mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

▶ **Wie wird sich die geplante Fusion zwischen Nord-Pas de Calais und der Picardie am 1. Januar 2016 auswirken?**

Wir arbeiten gemeinsam mit unseren Kollegen aus der Picardie an einer gewaltigen Fusion. In Frankreich wird es nur noch 13 statt 22 Metropolregionen geben. Im Hinblick auf die europäischen Mittel arbeiten wir bis 2020 weiterhin mit zwei unterschiedlichen operationellen Programmen. Dies wird uns aber nicht davon abhalten, zügig auf das Erzielen von Synergieeffekten in anderen Bereichen hinzuarbeiten, zum Beispiel beim Zugang zu Programmen wie Interreg und Horizont 2020 für Projektleiter.

Die Frage, was nach 2020 kommt, wird für unsere neue Region sehr wichtig sein: Welche Position werden wir in der berühmten NUTS-Systematik einnehmen? Welchen Status wird unsere Region während der Übergangsphase einer Fusion von zwei Regionen haben? Wir werden die ersten Schritte der Europäischen Kommission zu diesem Thema, die 2015 beginnen, genau verfolgen.

▶ **MEHR DAZU**  
[www.nordpasdecalais.fr](http://www.nordpasdecalais.fr)



**RÉGION**  
**NORD-PAS DE CALAIS**

▶ **Louvre-Lens:** Der regionale Ableger des Louvre in Lens zeigt, wie die Mittel der Kohäsionspolitik die regionale Erneuerung und Modernisierung beeinflussen können. Das Museum wurde am Standort eines ehemaligen Kohlebergwerks erbaut und treibt seit Mitte der 2000er Jahre die städtische Erneuerung in der Gegend voran.



# ► NIEDERSCHLESISIEN BEREITET SICH AUF DIE UMSETZUNG VOR



**Panorama hat sich mit Mar-schall Cezary Przybylski über die Auswirkungen des EFRE und des ESF auf die Woiwodschaft Dolny Śląsk (Niederschlesien) sowie die Frage unterhalten, was die Region plant, um die Projektfinanzierung und -umsetzung zu vereinfachen.**

► **Wie sind die Verhandlungen über die Annahme des operationellen Programms (OP) für 2014-2020 in Ihrer Region verlaufen? Was war diesmal im Vergleich zu früheren Verhandlungen anders?**

Die Verhandlungen über das regionale operationelle Programm (ROP) für die Woiwodschaft Niederschlesien liefen vom September bis Dezember 2014. In diesem Zeitraum gab es viele Dreiergespräche mit Vertretern der für die Umsetzung des Programms zuständigen Regionalbehörde (Verwaltungsbehörde des ROP Niederschlesien), dem Ministerium für Infrastruktur und Entwicklung als Koordinator der Verhandlungen im Auftrag der polnischen Regierung und natürlich Vertretern der Europäischen Kommission. In den Verhandlungen zum vorhergehenden ROP waren regionspezifische Aspekte wichtig. Diesmal lag der Schwerpunkt jedoch auf der ausnahmslosen Anwendung der gemeinsamen Bestimmungen auf alle regionalen Programme.

Die Verhandlungen gingen zügig vonstatten. Jeder Satz war wichtig und oft nahm eine einzelne wichtige Frage viele Stunden in Anspruch. Das Programm hat 11 Prioritätsachsen und 34 Investitionsprioritäten, sodass es viele wichtige Fragen zu besprechen gab. Zum Beispiel müssen die Indikatoren für die Umsetzung ausgewählt, die zu erreichenden Zielwerte sowie ein integrierter territorialer Ansatz geplant werden.

Die Themen im Hinblick auf die Finanzierung in den Bereichen niedrige Emissionen, Verkehr und wissenschaftliche Forschung sowie Investitionen in eher immaterielle Bereiche wie die soziale Integration und Bildung nahmen die meiste Zeit in Anspruch. Ein wichtiger Punkt bei den Verhandlungen war die Frage der Zuweisungen aus dem Europäischen

Sozialfonds, da die Kommission verlangt, dass 66 % der ESF-Unterstützung Prioritäten zugewiesen werden müssen, welche die Empfehlungen des Rats vom 8. Juli 2014 an das polnische nationale Reformprogramm 2014 umsetzen (länderspezifische Empfehlungen). Dadurch wurden erhebliche Umstellungen in den Zuweisungen im Rahmen der vom ESF finanzierten vier Investitionsprioritäten erforderlich, die sich unter anderem auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, das aktive und gesunde Altern, den Zugang zu hochwertigen Sozialdienstleistungen und Gesundheitsfürsorge sowie die Anpassung von Bildungs- und Ausbildungssystemen an die Anforderungen des Arbeitsmarkts beziehen.

► **Welchen Beitrag kann die Kohäsionspolitik zur wirtschaftlichen Entwicklung Niederschlesiens leisten?**

Dank der Kohäsionspolitik wird die Region attraktiver werden, indem der Zugang zu und die Bereitstellung von hochwertigen Dienstleistungen verbessert werden. Investitionen in die Verkehrs- und F&E-Infrastruktur werden zunehmen und die Synergie zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung wird gestärkt werden. Genauso wichtig ist es aber, die Investitionen in das Humankapital zu steigern, indem eine bessere Bildung angeboten wird und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bis jetzt sind noch nicht alle Investitionen, die im Rahmen des ROP Niederschlesien 2007-2013 angelaufen sind, abgeschlossen. Dafür bleibt noch Zeit, aber die Veränderungen, die sie in der niederschlesischen wirtschaftlichen Entwicklung bereits bewirkt haben, sind schon sichtbar. Natürlich bleibt noch viel zu tun.

► **Was spricht für, was gegen den neuen Ansatz der Kombination verschiedener Fonds und Finanzinstrumente? Wie gewährleisten Sie Konsistenz und Komplementarität?**

Ein Vorteil der Kombination von Fonds ist zweifellos die leichtere Überwachung von Projekten während der Durchführung, was eine größere Konsistenz und Komplementarität sicherstellen kann. Ab sofort überwacht eine einzige Verwaltungsbehörde Projekte, die Mittel aus dem EFRE und ESF nutzen. Dadurch wird es möglich, die Aufrufe zu Projektanträgen, die dieselben Ziele mithilfe unterschiedlicher Fonds umsetzen wollen, zu koordinieren – zum Beispiel Bildungsmaßnahmen, die Schlüsselkompetenzen auf dem Arbeitsmarkt und bei



► **TECHPARK:** Gebäude des Servicezentrums des Technologieparks in Liegnitz, das den Innovationstransfer und die F&E-Leistung von Unternehmen unterstützt und zusammen mit der Straßeninfrastruktur und anderen Landnutzungsmaßnahmen in Liegnitz dazu beiträgt, Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung von Dolny Śląsk auszugleichen.

Studenten fördern, sowie Investitionsmaßnahmen, mit denen Schulen mit modernen Geräten und Unterrichtsmaterialien ausgestattet werden. Dies beseitigt die Gefahr, dass ähnliche Finanzierungsmaßnahmen aus unterschiedlichen Fonds verdoppelt werden. Außerdem können so vollständige, gut strukturierte Projekte umgesetzt werden.

Zu den Vorteilen von Finanzierungsinstrumenten gehört, dass eine bessere Chance besteht, dass finanziell gut durchdachte Projekte vorgeschlagen werden und die Gefahr eines Fehlschlags minimiert wird. Ein Nachteil könnte andererseits sein, dass weniger Anträge von interessierten Parteien eingehen. Derzeit führen wir eine *Ex-ante*-Analyse durch, um die Möglichkeit zu prüfen, rückzahlbare und hybride Finanzinstrumente im Zeitraum 2014-2020 in Niederschlesien einzusetzen. Hauptsächlich soll dabei festgestellt werden, wie relevant ein Einsatz von Finanzinstrumenten wäre und in welcher Form und welchem Umfang dies geschehen könnte. Außerdem sollen Empfehlungen für ein anzunehmendes Modell und die Umsetzungsmethoden abgegeben werden.

► **Grundsätzlich hört man den Ruf nach einer Vereinfachung der Verwaltung der EU-Mittel: Wie kann Ihre Region bei diesem Ziel ganz konkret helfen?**

Wir haben, um die Verwaltung zu vereinfachen, Maßnahmen ergriffen, welche die Übernahme und den Abschluss von Projekten durch zukünftige Empfänger leichter machen. Finanzierungsanträge können nun über ein IT-System gestellt werden, was deutlich dazu beitragen wird, den Antragsprozess für Projekte zu vereinfachen. Wir werden einen „Empfängerleitfaden“ erstellen, der Ratschläge und Leitlinien

für alle enthält, die Projekte umsetzen wollen und können. Alle anderen an der OP-Umsetzung beteiligten Institutionen haben sich selbst das Ziel gesetzt, Verfahren zu vereinfachen und Empfänger in jeder Phase zu unterstützen.

► **Was steht als Nächstes an, da das OP nun angenommen worden ist?**

Nach der Annahme des OP hat die Arbeit an der Vorbereitung für die Umsetzung begonnen. Zu den wichtigsten Aufgaben, an denen die Verwaltungsbehörde derzeit arbeitet, gehört die Ernennung eines Begleitausschusses sowie die Erarbeitung institutioneller Vereinbarungen, beispielsweise mit zwischengeschalteten Stellen und Organisationen im Rahmen integrierter territorialer Investitionen.

Jetzt wird Detailarbeit geleistet, zum Beispiel werden detaillierte Beschreibungen von Prioritätsachsen, Kriterien für die Projektauswahl, Zeitpläne für Aufrufe zur Antragseinreichung, ein System an Funktionsweisen und Verfahren erarbeitet, Antragsdokumente erstellt sowie das IT-System vorbereitet.

► **MEHR DAZU**  
[www.dolnyslask.pl](http://www.dolnyslask.pl)

**LOWER SILESIA**  **DOLNY ŚLĄSK**

# ► DER EFRE WIRD 40

## ► DIE KOMMISSION UNTER FRANÇOIS-XAVIER ORTOLI 1974

Die ursprüngliche Strategie hinter der noch nicht ausgereiften Regionalpolitik war der Ausgleich von Ungleichheiten, insbesondere aufgrund von überwiegend landwirtschaftlicher Prägung, industriellem Wandel und struktureller Unterbeschäftigung.

**Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, der sich zu einer der wichtigsten Investitionsressourcen der EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung in den Regionen entwickelt hat, hatte noch einen ziemlich bescheidenen Umfang, als er vor ungefähr 40 Jahren das Licht der Welt erblickte. Gleich zu Beginn war das übergeordnete Ziel, das Wachstum der weniger wohlhabenden Gebiete zu unterstützen und die europäischen Volkswirtschaften einander näherzubringen.**

Im Dezember 1974 kündigte die Europäische Kommission an, dass die damals aus neun Mitgliedstaaten bestehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) einen Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erhalten sollte, um das Wachstum ihrer am stärksten benachteiligten Gebiete sicherzustellen.

### DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT ERHÄLT EINEN FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Die Europäische Gemeinschaft erhält schon bald einen Fonds für regionale Entwicklung, der zur Förderung des Wirtschaftswachstums ihrer am stärksten benachteiligten Gebiete beiträgt. Dies war eine der wichtigsten politischen Entscheidungen der neun Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft bei ihrem Gipfeltreffen am 9. und 10. Dezember 1974 in Paris.

Ein mit 1,3 Mrd. Europäischen Rechnungseinheiten<sup>(1)</sup> (Vorgänger des Euro) ausgestatteter Fonds sollte ab 1975 für einen Testzeitraum von drei Jahren eingerichtet werden.

(1) Die Europäische Rechnungseinheit (ERE) wurde zwischen 1975 und 1979 in den Europäischen Gemeinschaften verwendet; sie wurde dann im Umrechnungsverhältnis 1:1 durch die Europäische Währungseinheit (ECU) ersetzt, die wiederum 1999 durch den Euro (erneut im Umrechnungsverhältnis 1:1) Platz ersetzt wurde.

Bei der Zuteilung der Mittel wird den bedürftigsten Mitgliedstaaten Priorität eingeräumt – Italien, Irland und dem Vereinigten Königreich.

1975 waren die ärmsten Gebiete der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf regionaler Ebene Süditalien, weite Teile Irlands, West- und Südwestfrankreich, die nördlichen Niederlande, Teile Westdeutschlands entlang der (damaligen) Ostgrenze und große Teile des Vereinigten Königreichs, besonders Wales und Schottland.

Der Fonds richtete sich an die am meisten benachteiligten Mitgliedstaaten; die Mittel wurden folgendermaßen verteilt: Belgien 1,5 %, Dänemark 1,3 %, Frankreich 15 %, Irland 6 %; Italien 40 %; Luxemburg 0,1 %, Niederlande 1,7 %, Deutschland 6,4 %; Vereinigtes Königreich 28 %. Gemäß der Entscheidung der Kommission gingen die höchsten Pro-Kopf-Zuweisungen (in dieser Reihenfolge) an Irland, Italien und das Vereinigte Königreich.

Regionalpolitik dient laut dem Kommuniqué der Gipfelkonferenz von 1974 dem Ausgleich von Ungleichgewichten aufgrund von überwiegend landwirtschaftlicher Prägung, industriellem Wandel und struktureller Unterbeschäftigung.

## Ursprung in den Gründungsverträgen

Die Römischen Verträge von 1957 enthielten eine eindeutige politische Verpflichtung für eine ausgewogenere regionale Entwicklung, um Integration bzw. den „Zusammenhalt“ zwischen den verschiedenen Regionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu fördern.

Die ersten umfassenden Richtlinien für eine Regionalpolitik wurden 1973 von der Kommission vorgeschlagen. Frühe Schritte zur Einrichtung eines Fonds für regionale Entwicklung verzögerten sich jedoch durch internationale Währungsturbulenzen und die Ölkrise, sodass die Vereinbarung erst 1974 geschlossen wurde.

Die Regionalpolitik der Gemeinschaft sollte nach den Vorstellungen der Kommission: die Regionalpolitik der Mitgliedstaaten nicht ersetzen, sondern sie koordinieren und ergänzen, ferner die gemeinsame Politik und die Finanzinstrumente der Gemeinschaft koordinieren, die Überlastung von Ballungsräumen reduzieren und unterentwickelten Regionen helfen.

Im Rahmen des neuen Fonds für regionale Entwicklung konnten drei Arten von Maßnahmen mit bis zu 50 % der involvierten öffentlichen Mittel gefördert werden:

- ▶ 1. Investitionen in kleine Unternehmen, die mindestens zehn neue Arbeitsplätze schaffen.
- ▶ 2. Investitionen in Infrastruktur im Hinblick auf Punkt 1.
- ▶ 3. Infrastrukturinvestitionen in Bergregionen, die auch im Rahmen des Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft förderfähig wären.

Mitgliedstaaten mussten sich auf Projektebene für Finanzhilfen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bewerben. Entscheidungen wurden dann in einem Ausschuss der Mitgliedstaaten auf Grundlage von Kommissionsvorschlägen getroffen.

Der für Regionalpolitik zuständige **Kommissar George Thomson** erklärte, durch den neuen Fonds werde das Vertrauen von Millionen von Mitbürgern in die Gemeinschaft wiederhergestellt, die lange darauf gewartet hätten, dass die Zusage, einen Regionalfonds einzurichten, eingehalten werde.

Die in Paris getroffene Entscheidung beweist, dass Solidarität zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft Wirklichkeit ist, selbst in Zeiten, in denen ihre Volkswirtschaften unter großem Druck stehen. Die wirksame Einführung einer Regionalpolitik ist Teil der breit angelegten Bemühung, die Beziehungen zwischen den europäischen Volkswirtschaften zu vertiefen.

## EIN DURCHBRUCH FÜR DIE GEMEINSCHAFT

Der damals für die Regionalpolitik zuständige Kommissar war der Brite **George Thomson**.

Nach seinen Worten war die Entscheidung zur Schaffung des Regionalfonds „ein wichtiger Durchbruch für die gesamte Gemeinschaft... Wenngleich der Fonds ein relativ geringes Volumen hat, wird er den am meisten benachteiligten Regionen Europas ab 1975 praktische Vorteile bringen.“



In einem berühmten Satz, der durch all die Jahre bis in die Gegenwart nachhallt, erklärte George Thomson 1974 in einer Rede, in der er den neuen EFRE ankündigte:

„Es werden einem wohl kaum von einem Haufen Ausländern Vorschriften gemacht, wenn die eigene Regierung zu diesen Ausländern gehört.“

Als das Vereinigte Königreich die Bedingungen seiner Mitgliedschaft neu verhandelte, wies er darauf hin, dass dem Vereinigten Königreich ein Anspruch auf Fördermittel bis in Höhe von insgesamt 28 % des Fonds eingeräumt würde, obwohl es weniger als 17 % in den Fonds einzahle. Er betonte außerdem, dass die neue Politik sich um die Probleme der traditionellen industriellen Branchen (damals typisch für das Vereinigte Königreich) und die Schwierigkeiten im landwirtschaftlichen Sektor der Gemeinschaft kümmern werde.

### ▶ MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/index.cfm/de/policy/what/history/](http://ec.europa.eu/regional_policy/index.cfm/de/policy/what/history/)

# ▶ CREȚU AUF ACHSE

Die ersten Monate im Amt waren für die Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, hektisch und angefüllt mit Besuchen EU-finanzierter Projekte, Treffen mit Beteiligten, Partnern und Würdenträgern in ganz Europa und darüber hinaus.

Ihre Reisen führten sie in viele Teile der Union und sogar bis nach Guadeloupe, wo sie an einer Konferenz der Gebiete in äußerster Randlage teilnahm. Das Besuchsprogramm hilft der Kommissarin, sich aus erster Hand ein Bild von der Situation vor Ort und wichtigen Problemen zu machen und gleichzeitig persönliche Kontakte mit wichtigen Amtsträgern aufzubauen, mit denen sie im Verlauf ihrer Amtszeit zu tun haben wird. Kommissarin Crețu freut sich darauf, Menschen zu treffen und sich Projekte persönlich anzusehen und darüber zu informieren, sodass sie sich auch auf eine Reihe bevorstehender Besuche freut. Um die gute Kommunikation weiter zu fördern, schreibt sie einen regelmäßigen Blog über ihre Arbeit und hat einen Newsfeed auf Twitter und Facebook eingerichtet.



▶30/01/2015  
Zagreb/Kroatien  
Startschuss für die Partnerschaftsvereinbarung mit Branko Grčić, dem stellvertretenden kroatischen Premierminister und Minister für Regionalentwicklung und EU-Fonds.

▶MEHR DAZU

- [http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu/blog\\_en](http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu/blog_en)
- <https://twitter.com/CorinaCretuEU>
- <https://www.facebook.com/EUCorinaCretu>



▶23/01/2015  
Ljubljana/Slowenien  
Corina Crețu und Alenka Smerkolj, slowenische Ministerin für Entwicklung, Strategieprojekte und Zusammenhalt, besuchen die Höhlen von Škocjan, bei denen zwei vom EFRE unterstützte Projekte in die Tourismusinfrastruktur investieren.



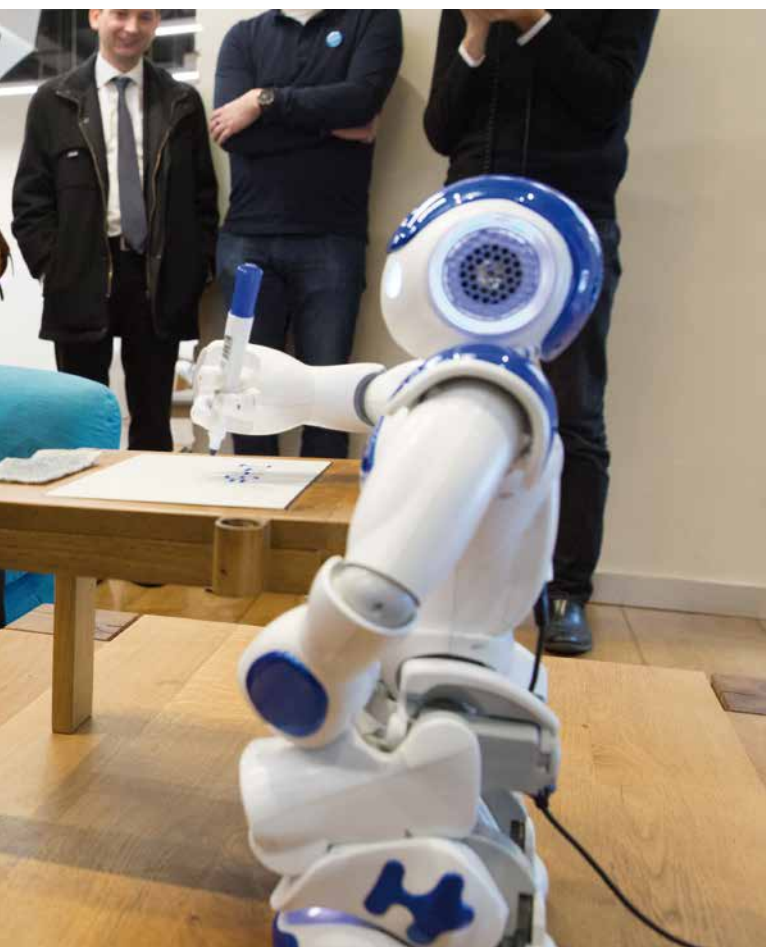
▶12/02/2015  
Paris/Frankreich  
Crețu beobachtet den Nao-Roboter beim EU-finanzierten Projekt „Juliette“, einem Cluster aus Laboren und KMU in Paris, die sich auf Robotik spezialisiert haben.



►30/03/2015  
Prag/Tschechische Republik  
Corina Crețu und Karla Šlechtová, die tschechische Ministerin für regionale Entwicklung, reden über ein Banner, das die tschechischen Regionen abbildet.



►08/01/2015  
Riga/Lettland  
Bei einer Debatte über die Zukunft Europas im Gebäude der Rigaer Lettischen Gesellschaft mit den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frans Timmermans (links) und Valdis Dombrovskis (Mitte).



►06/03/2015  
Mérida/Spanien  
Unternehmensbesuch bei Gamaoil während einer Reise nach Spanien, um die Beteiligten zu treffen, die für die Umsetzung der EU-Mittel verantwortlich sind.

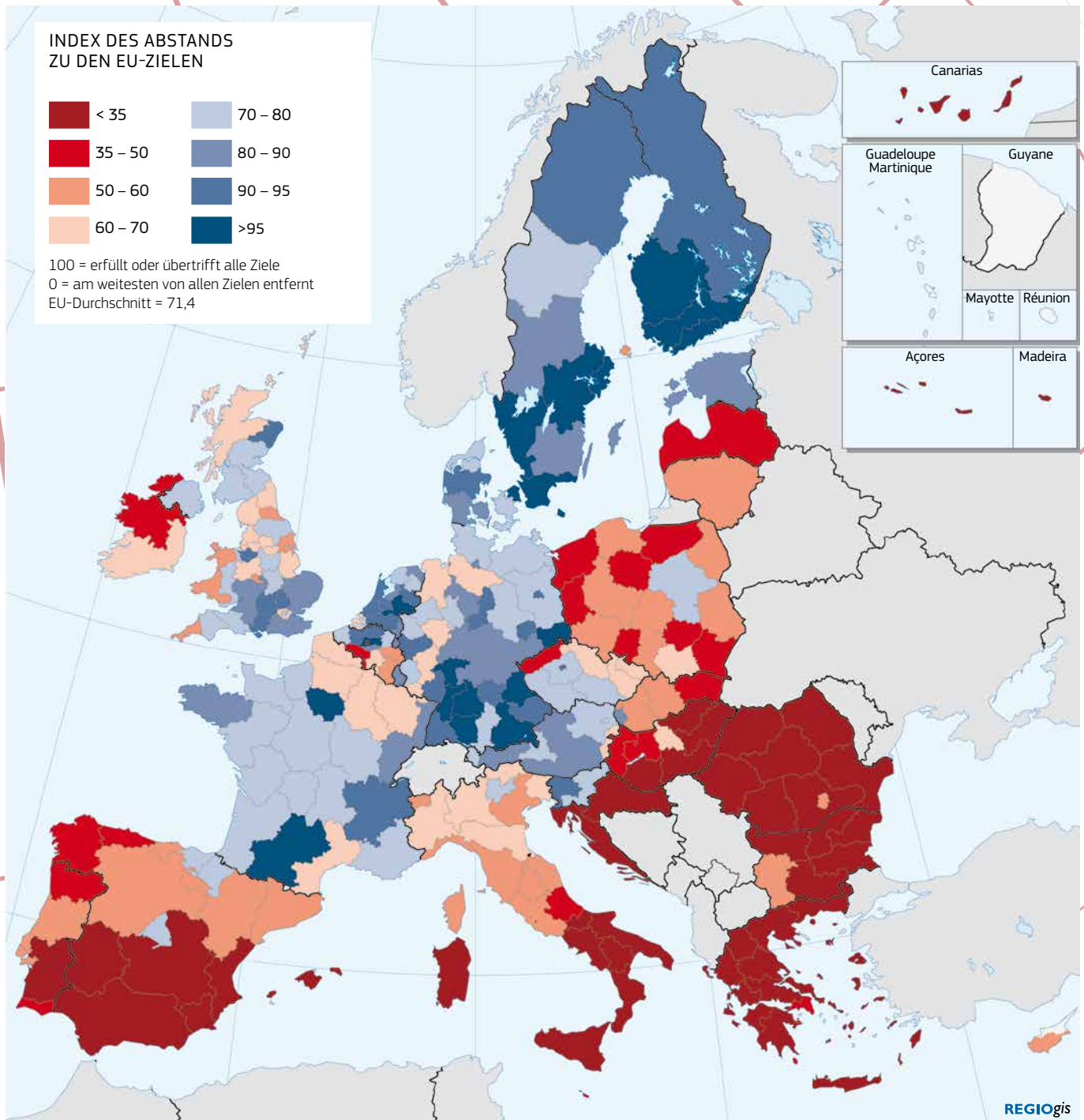


►12/03/2015  
Rătești/Rumänien  
Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebs mit Phil Hogan, EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (3. von links), und Daniel Constantin, dem rumänischen Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (4. von links).



►19/03/2015  
Frankfurt an der Oder/  
Deutschland – Słubice/Polen  
Mit Elzbieta Polak, Marschallin der polnischen Woiwodschaft Lebus, bei einem Besuch der deutsch-polnischen Grenze zu einem Gespräch über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region.

# ▶ EUROPA-2020-INDEX, 2012

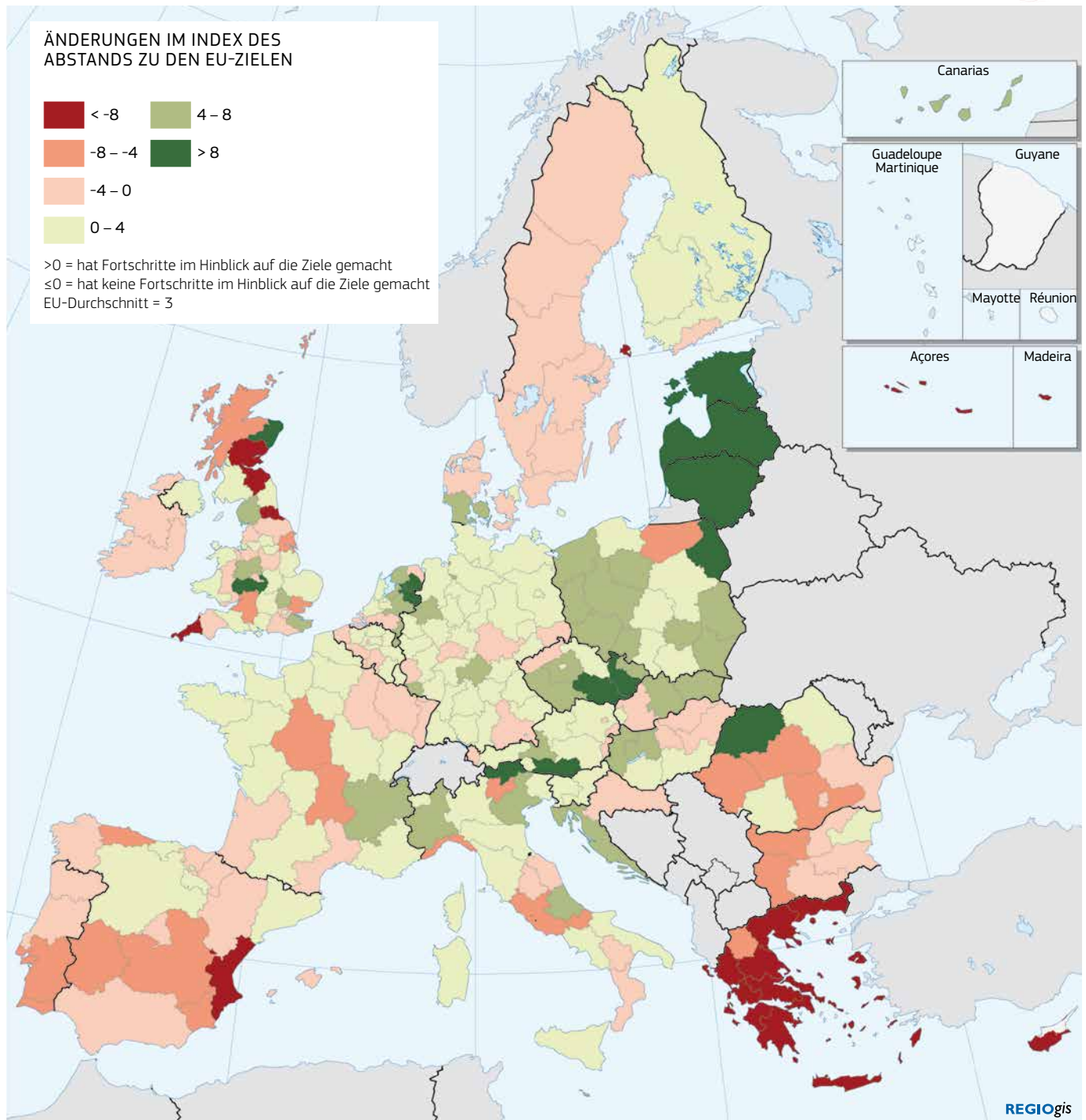


Der Regionalindex 2020 misst, wie weit Regionen davon entfernt sind, die vier Hauptziele der Strategie Europa 2020 für Beschäftigung, Bildung, Armut und Innovation zu erreichen. Wenn eine Region ein Ziel erreicht, erhält sie 25 Punkte. Die Regionen, die von dem Ziel am weitesten entfernt sind, bekommen 0 Punkte. Fünf Regionen, darunter die drei skandinavischen Hauptstadtregionen, haben alle diese Ziele 2012 erreicht und

100 Punkte. Die Hauptstadtregionen gehören meistens zu den Regionen, die in dem jeweiligen Land am besten abschneiden. Viele der Regionen in Deutschland, Österreich, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und den Beneluxländern erreichen in diesem Index eine hohe Punktezahl, während die südlichen Regionen und die in den Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, tendenziell niedrige Werte erreichen.



# ▶ÄNDERUNGEN IM EUROPA-2020-INDEX (2010-2012)



Der Unterschied zwischen stärker entwickelten, Übergangs- und weniger entwickelten Regionen ist deutlich. Arbeitslosenraten, Hochschulbildungsraten und F&E liegen in weniger entwickelten Regionen viel niedriger als in anderen Regionen. Somit ist der 2020-Index in stärker entwickelten Regionen doppelt so hoch wie in weniger entwickelten Regionen.

Zwischen 2010 und 2012 konnten acht Regionen ihren Punktestand um über zehn Punkte steigern: die baltischen Staaten, zwei niederländische und zwei britische Regionen sowie eine rumänische. In doppelt so vielen Regionen ist der Wert jedoch um zehn Punkte gesunken: in zehn griechischen, zwei spanischen, zwei portugiesischen, einer britischen und in Zypern.

# ► EU-UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE GEBIETE IN ÄUSSERSTER RANDLAGE

## DEN GEBIETEN HELFEN, DAS MAXIMUM AUS IHREN STÄRKEN HERAUSZUHOLEN

Im Februar reiste die Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, erstmals nach Guadeloupe, um an der 20. Konferenz der Präsidenten der EU-Gebiete in äußerster Randlage teilzunehmen. Es war eine Gelegenheit, die Strategien zum Wirtschaftswachstum der neun Regionen und Wege zu diskutieren, die zur Verfügung stehenden EU-Mittel im größtmöglichen Umfang zu nutzen.

Die neun Gebiete in äußerster Randlage sind Guadeloupe, Französisch Guyana, Martinique, Mayotte, Réunion, Saint-Martin, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln. Sie sind ein integraler Bestandteil der EU, sie unterliegen EU-Recht und für sie gelten alle Rechte und Pflichten, die mit einer EU-Mitgliedschaft einhergehen.

Die Konferenz der Präsidenten wird jährlich von dem Gebiet organisiert, das im Wechsel den Vorsitzenden stellt (derzeit ist dies Guadeloupe) und ist das Haupttreffen auf politischer Ebene zwischen dem für die Koordination der EU-Politik im Hinblick auf die Gebiete in äußerster Randlage zuständigen Kommissar sowie den Präsidenten dieser Gebiete. Ziel dabei ist es, die EU-Strategie bezüglich der Gebiete im Rahmen verschiedener Politikbereiche der EU zu besprechen, zum Beispiel Landwirtschaft, Umwelt, Kohäsions- und Meerespolitik, Handel etc.

### Herausforderungen

Die Gebiete in äußerster Randlage verfügen über ein enormes Potenzial, sehen sich aber auch zahlreichen Herausforderungen gegenüber, die sich aus ihrer spezifischen geografischen Lage und der Tatsache, dass viele von ihnen Inseln sind, ergeben.

Einerseits haben sie mit Abgelegenheit, Insellage, einer geringen Größe, einer schwierigen Topografie und einem schwierigen Klima oder wirtschaftlicher Abhängigkeit von einigen wenigen Produkten zu kämpfen. Ihre Volkswirtschaften sind deshalb weiterhin äußerst anfällig. Andererseits haben sie reichlich Potenzial und sind ein echter Gewinn für Europa. Insbesondere tragen die Gebiete in äußerster Randlage den Einfluss der EU in ihre Umgebung: den Nordostatlantik, die Karibik, das Amazonasbecken und den Indischen Ozean.

### Ressourcen

In den Gebieten gibt es eine riesige potenzielle Reserve an marinen Ressourcen, ein einzigartiges Tiefseelabor für die Erkundung von Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, Klimaschutz, Energie und Biotechnologie durch die EU. Die Gebiete sind Heimat einer einzigartigen Vielfalt an Arten und Ökosystemen von unerlässlicher Bedeutung für die biologische Vielfalt auf globaler Ebene. Es herrschen die richtigen Bedingungen, um erneuerbare Energiequellen auszubauen – von Biokraftstoffen über Wind-, Solar- und geothermale Energie bis zu Fotovoltaik.

Die Gebiete in äußerster Randlage sind aufgrund ihrer außergewöhnlichen natürlichen und kulturellen Umgebung auch im Bereich Tourismus ein Gewinn. Darüber hinaus schaffen sie mit ihrer Lage wichtige Chancen für die Aktivitäten der EU in den Bereichen Raumfahrt, Astrophysik und Satelliten.

Was das Humankapital angeht, so verfügen die Gebiete in äußerster Randlage über besser ausgebildete und kompetentere Arbeitskräfte sowie fortschrittlicheres *Know-how* als ihre Nachbarn, was ihnen die Möglichkeit verschafft, Dienstleistungen und Expertise in Sektoren zu verkaufen, die einen hohen Mehrwert bieten.

### EU-Unterstützung

Die EU unterstützt diese Gebiete dabei, ihre Volkswirtschaften zu modernisieren und die Hürden, denen sie sich gegenübersehen, zu überwinden. Sie konzentriert sich auf Bereiche, wo die EU-Unterstützung wirklich etwas bewegen kann und eine große Wirkung erzielt.

Im Zeitraum 2014-2020 stehen aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) über 6,6 Mrd. EUR zur Verfügung, um die neun Gebiete besser für die Überwindung wirtschaftlicher und ökologischer Schwierigkeiten zu rüsten und Nachteile in Vorteile zu verwandeln.

In ihrer Mitteilung aus dem Jahr 2012, „The outermost regions of the European Union: towards a partnership for smart, sustainable and inclusive growth“ (Die EU-Regionen in äußerster Randlage: Wege zu einer Partnerschaft für intelligentes,



## STÄTTE ZUM GEDENKEN AN DIE SKLAVEREI UND HAFEN VON POINTE-À-PITRE

Kommissarin Crețu besuchte eine neue Gedenkstätte, die zur Erinnerung an die Abschaffung der Sklaverei und den Sklavenhandel erbaut wurde. Die vom EFRE kofinanzierte Gedenkstätte besteht aus einem auffälligen Gebäudekomplex, an dem ein Ort der Erinnerung für die Millionen Menschen entsteht, die von Sklaverei betroffen waren, und der das Verständnis und die Versöhnung fördert. Die Gedenkstätte soll auch eine Sehenswürdigkeit für Touristen werden und sich positiv auf Wirtschaft und Beschäftigung auswirken. Sie wird im Mai 2015 vom französischen Präsidenten eingeweiht.

Darüber hinaus besuchte die Kommissarin den Hafen von Pointe-à-Pitre auf Guadeloupe, einen großen, geschützten Hafen, dessen Erweiterung vom EFRE unterstützt wird. Der Hafen ist für die Wirtschaft der Inselgruppe und den internationalen Handel von großer Bedeutung (insbesondere angesichts der kürzlichen Erweiterung des Panamakanals), liegt aber in einem für Naturkatastrophen anfälligen Gebiet.

nachhaltiges und integratives Wachstum), legte die Kommission fünf Prioritätsachsen fest (Zugang, Wettbewerbsfähigkeit, regionale Integration, Stärkung der sozialen Dimension und Klimaschutzmaßnahmen), mit denen die politischen Maßnahmen der Gebiete in äußerster Randlage an die Strategie Europa 2020 angeglichen werden sollen.

Bei ihrem Besuch hob **Kommissarin Crețu** hervor, wie wichtig es sei, das Potenzial der operationellen Programme für den Zeitraum 2014-2020 weiterhin umfassend zu nutzen, und betonte die Unterstützung durch die Regionalpolitik bei der Ausstattung der Gebiete in äußerster Randlage mit den richtigen Instrumenten, um ihre Stärken in echte Wachstumsmöglichkeiten zu verwandeln.

## Maßnahmenpläne

Die Kommission forderte die Gebiete in äußerster Randlage 2012 dazu auf, individuelle Maßnahmenpläne zu erarbeiten, die ihre Bedürfnisse, Chancen und langfristigen strategischen Prioritäten widerspiegeln.



► Konferenz der Präsidenten der EU-Gebiete in äußerster Randlage in Guadeloupe.

Jeder Maßnahmenplan beschreibt, wie die Gebiete in äußerster Randlage vorhaben, die Ziele von Europa 2020 umzusetzen, wobei jeweils die individuelle Lage berücksichtigt wird. Ihr Umfang geht über die ESIF-Programme hinaus und erstreckt sich auch auf andere Themen, wie zum Beispiel den Zugang zu horizontalen EU-Programmen.

Im Mittelpunkt vieler dieser Maßnahmen steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die weitere regionale Integration und eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Auf der Konferenz der Präsidenten des Jahres 2013, die auf La Réunion stattfand, schlug die Kommission die Bildung von *Ad-hoc*-Arbeitsgruppen vor, um zu helfen, die Pläne in ganz konkrete Maßnahmen zu überführen.

Diese Gruppen nahmen 2014 die Arbeit auf und bis jetzt fanden bereits sechs „Plenartagungen“ in Brüssel sowie gleichzeitige Videokonferenzen zu spezifischeren regionalen Problemen statt.

## Unterstützung für mehr Beschäftigung

Auf Bitten der Gebiete in äußerster Randlage wurde auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besonderes Augenmerk gelegt. Dies hat zur Einrichtung des „Beschäftigungsnetzes der Gebiete in äußerster Randlage“ geführt, das im September 2014 offiziell von den Präsidenten der Gebiete anerkannt wurde.

Die GDs Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie Beschäftigung, Soziales und Integration der Kommission werden die Gebiete in äußerster Randlage gemeinsam dabei unterstützen, konkrete Maßnahmen und Projekte zu entwickeln, die sich auf die Beschäftigung auswirken und insbesondere in den Rahmen des Beschäftigungsnetzes der Gebiete passen.

Die von den aus drei Parteien bestehenden Arbeitsgruppen angestoßene Dynamik wurde von Kommissar Crețu lobend hervorgehoben.

### ► MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/policy/themes/outermost-regions/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/themes/outermost-regions/)

# ▶ AUSWEITUNG DER EUROPÄISCHEN ERFAHRUNG IN DER REGIONALEN ENTWICKLUNG AUF LATEINAMERIKA

**Europas über 40-jährige Erfahrung mit der Entwicklung eines spezifisch europäischen Modells der regionalen Entwicklung war kürzlich das Thema intensiver Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländern Lateinamerikas.**

In den letzten Jahren ist es für lateinamerikanische Länder ganz besonders wichtig geworden, einen größeren Einblick in die Ziele und Methoden der europäischen Regionalpolitik zu erhalten. So können sie politische Ansätze entwickeln und umsetzen, um im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung ein einheitlicheres Muster zu fördern, das wiederum hilft, die nationale Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungsquote zu stärken und gleichzeitig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern. Dieses Thema ist für Südamerika so wichtig, dass ein *Red Latinoamericana de Políticas Públicas de Desarrollo Regional* (Lateinamerikanisches Netzwerk für politische Ansätze in der regionalen Entwicklung) eingerichtet wurde, das 17 Länder zum Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Vorgehensweisen zusammenbringt. Und im Rahmen der weiteren europäisch-lateinamerikanischen Beziehung lautet das Motto des Gipfels der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) im Juni 2015 „Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft: Für eine prosperierende, durch Zusammenhalt geprägte und nachhaltige Gesellschaft für unsere Bürger“. Wie der Titel bereits nahelegt, wird die territoriale Entwicklung ein besonders wichtiger Aspekt sein.

## Europäisches Modell der regionalen Entwicklung

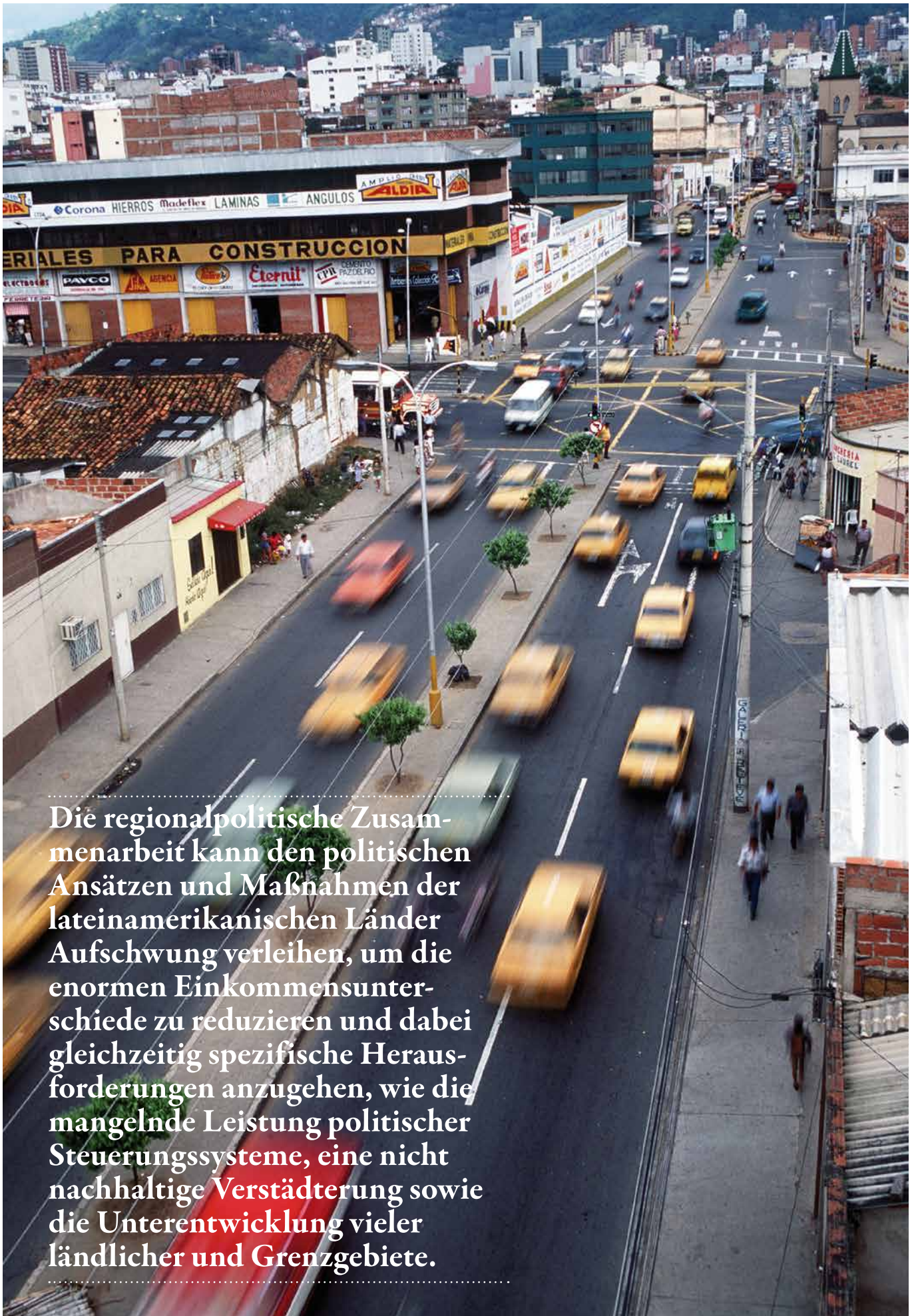
Seit 2006 setzt die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, welche die Europäische Union vertritt, ein Programm für die Zusammenarbeit mit Schwellenländern um; seit 2009 wird sie dabei in erheblichem Umfang vom Europäischen Parlament unterstützt. Durch diese Zusammenarbeit werden durch Dialoge und den Austausch

bewährter Vorgehensweisen Ländern auf der ganzen Welt 25 Jahre europäischer Erfahrung bereitgestellt. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit steht das Interesse von außerhalb der EU am europäischen Modell der regionalen Entwicklung, einem marktbasiereten Modell mit strengen Regeln für die Bewahrung der Wettbewerbsfähigkeit und die Förderung eines offenen öffentlichen Beschaffungswesens, das außerdem wichtige Grundsätze, wie eine gute politische Steuerung, Chancengleichheit, nachhaltige Entwicklung und eine umfassende Teilhabe an der Ausarbeitung und Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen, berücksichtigt. In immer größerem Umfang werden bei den Dialogen die Städte und Regionen beider Seiten in Form einer *dezentralisierten Zusammenarbeit* miteinbezogen, sodass die bestmögliche internationale Expertise zusammenkommt. So bieten die Dialoge regionalen Akteuren eine Chance zum Networking und schaffen neue Geschäftsverbindungen und Handelsbeziehungen.

Was eine solche Zusammenarbeit für die lateinamerikanischen Länder so attraktiv macht, ist die Möglichkeit, ihren politischen Ansätzen und Maßnahmen durch die Regionalpolitik neuen Aufschwung zu verleihen, um ihre enormen Einkommensunterschiede zu reduzieren und dabei gleichzeitig spezifische Herausforderungen anzugehen, wie die mangelnde Leistung von Multi-Level-Governancesystemen, eine nicht nachhaltige Verstädterung sowie die relative Unterentwicklung vieler ländlicher und Grenzgebiete. Besonderes Interesse besteht angesichts der Notwendigkeit, neue Möglichkeiten in Branchen mit einem hohen Mehrwert zu fördern und so die traditionelle Abhängigkeit von Rohstoffen und mineralgewinnenden Industrien zu verringern, an einem besseren Verständnis der europäischen Vorstellungen im Bereich regionaler Innovationssysteme.

## Regionalpolitischer Dialog mit Brasilien

Ein großer Teil der Zusammenarbeit mit Brasilien konzentriert sich auf die Regierungsinitiative für eine nationale Politik der Regionalentwicklung der zweiten Generation. Die Vorbereitungen wurden im Hinblick auf vorrangige Ziele und



Die regionalpolitische Zusammenarbeit kann den politischen Ansätzen und Maßnahmen der lateinamerikanischen Länder Aufschwung verleihen, um die enormen Einkommensunterschiede zu reduzieren und dabei gleichzeitig spezifische Herausforderungen anzugehen, wie die mangelnde Leistung politischer Steuerungssysteme, eine nicht nachhaltige Verstädterung sowie die Unterentwicklung vieler ländlicher und Grenzgebiete.

Umsetzungssysteme erheblich vom regionalpolitischen Modell der EU beeinflusst. Seit der offiziellen Aufnahme des Dialogs durch eine Absichtserklärung gegenüber dem Ministerium für nationale Integration im Jahre 2007 – die erste derartige Vereinbarung mit einem lateinamerikanischen Land – wurden über 40 einzelne Kooperationsprojekte organisiert, darunter Konferenzen, Seminare, Schulungsprogramme, Studienreisen, ein Austauschprogramm für Akteure und Vertreter der regionalen Ebene sowie Studien, einschließlich verschiedener Pilotprojekte im Grenzgebiet von Französisch Guyana (der längsten Außengrenze der EU mit einem Nicht-EU-Land) und in besonderem Maße einem Länderbericht über Brasilien, der in Zusammenarbeit mit der OECD erstellt wurde.

### Aufbau regionaler Innovationsstrategien in Chile

Der Ehrgeiz, neue Möglichkeiten in Branchen mit einem großen Mehrwert zu fördern und die Abhängigkeit vom Primärsektor zu verringern, ist in Chile besonders stark. Durch das von der Europäischen Union kofinanzierte RED-Projekt (2011-2012) konnten sieben chilenische Regionen regionale Innovationsstrategien (RIS) basierend auf der gleichnamigen europäischen Methodik erarbeiten. Das Projekt hat sich positiv ausgewirkt und die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung gewährte, basierend auf den Ergebnissen, zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der Strategien in den betroffenen Regionen, einschließlich der Einrichtung von Überwachungssystemen.

Diese Innovationsstrategien haben eine neue Dynamik gefördert, die auf Konsens und Zusammenarbeit in den chilenischen Regionen sowie zwischen Unternehmen und der Wissenschaft und in öffentlichen Organen basiert. Darüber hinaus haben sie durch intensive Schulungs- und Bildungsprogramme das professionelle Wissen in den Regionen gestärkt. Die europäische Unterstützung hat wiederum geholfen, die regionale politische Steuerung zu stärken, und wurde als wichtiger Beitrag zum Prozess der regionalen Dezentralisierung anerkannt, eine der obersten Prioritäten der nationalen Regierung.

### Regionalpolitik und grenzüberschreitende Integration mit Peru

Obwohl sie erst seit Kurzem besteht (2013) hat die Zusammenarbeit mit Peru im Bereich regionaler Innovationsstrategien im Kontext der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bereits zu einigen bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Durch eine Pilotstudie zur regionalen Innovation in den Regionen Cusco und Tacna mithilfe der europäischen Methodik sind neue Partnerschaften zwischen Unternehmen (KMU), Universitäten, Forschungszentren und regionalen



▶ Die Iguazú-Wasserfälle an der argentinisch-brasilianischen Grenze.

Behörden entstanden, um Aktivitäten mit einem hohen Mehrwert zur Stärkung des regionalen Wirtschaftswachstums zu identifizieren und zu entwickeln. Mit Unterstützung der Europäischen Kommission hat Peru darüber hinaus im Dezember 2013 ein internationales Seminar zum Thema „Innovation für die territoriale Entwicklung“ abgehalten. An dieser Veranstaltung nahmen über 200 Vertreter aus Lateinamerika und Europa teil.

Zu einem weiteren Projekt gehörte die Zusammenarbeit zwischen drei Parteien – der EU, Peru und Chile. Es befasste sich mit regionaler Innovation und Entwicklung in den Regionen Tacna (Peru) und Arica (Chile), zusammen mit den Hauptstadtregionen Lima und Santiago. Dadurch wurde eine neue grenzüberschreitende Partnerschaft zur Entwicklung in Bereichen wie der Agroindustrie, Tourismus und der Wasserversorgung gefördert.

Auf ähnliche Art und Weise entwickelt ein Projekt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der EU, Peru und Brasilien gemeinsame Projekte im peruanischen und brasilianischen Amazonasbecken, insbesondere im Bereich der Aquakultur. Als Ergebnis dieses Projekts werden die notwendigen konkreten Schritte definiert, die im Amazonasbecken effektivere politische Ansätze für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Entwicklung des Aquakulturbereichs erlauben würden.

### Zunehmendes Interesse an der Zusammenarbeit mit der EU in der Regionalpolitik

Vor Kurzem wurden zwei neue Dialoge vereinbart. Zum einen mit Mexiko (Oktober 2014), wo die neue Regierung der Einrichtung einer Politik der regionalen Entwicklung auf Bundesebene hohe politische Priorität eingeräumt hat, und zum anderen im Januar 2015 mit der internationalen Organisation der acht zentralamerikanischen Länder „SICA“ (dem Lateinamerikanischen Integrationsystem). In der Zusammenarbeit mit SICA, die seit 2013 ein umfangreiches Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union hat, ist das



Ziel der EU der Informationsaustausch zu bewährten Vorgehensweisen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch eine erste Studie, die in drei grenzüberschreitenden Gebieten durchgeführt wurde, die ganz besondere Herausforderungen an den Integrationsprozess stellen: der Golf von Fonseca (El Salvador, Honduras und Nicaragua), die Region Trifinio (El Salvador, Guatemala und Honduras) sowie das Sixaolabecken (Costa Rica und Panama).

### Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Lateinamerika

In den letzten Jahren hat die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) verschiedene Studien, Workshops, Seminare und Studienreisen zum Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen lateinamerikanischen Ländern und Regionen durchgeführt. Die Teilnehmer kamen aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Paraguay, Peru und Uruguay. In einem ersten Projekt wurden verschiedene Gebiete für die Zusammenarbeit identifiziert, wo sich zum Beispiel Chancen – und Herausforderungen – für eine Zusammenarbeit boten und zwar vor allem in den Grenzgebieten zwischen Paraguay und Argentinien sowie Uruguay und Brasilien.

Die EU (GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung) finanzierte daraufhin eine Studie zur Unterstützung eines nachhaltigen und umfassenden Wachstums im Entwicklungsgebiet des Flusses Paraná.

Im Rahmen anderer Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kamen Experten und politische Vertreter zu einer Reihe von Studienreisen in verschiedene europäische Grenzregionen, wo sie speziell auf dieses Thema bezogene Seminare besuchten, an denen sich sowohl nationale als auch internationale Behörden, der Gemeinsame Markt Südamerikas (Mercosur), die Andengemeinschaft, SICA und die EU sowie Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und von Unternehmen beteiligten.

### Zusammenarbeit in der nachhaltigen Stadtentwicklung

Seit 2010 unterstützen die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) europäische, lateinamerikanische und karibische Städte in ihren Anstrengungen für eine integriertere und nachhaltigere Stadtentwicklung (URBELAC). Ziel ist es, eine nachhaltige Stadtentwicklung auf beiden Seiten des Atlantiks zu unterstützen, indem Netzwerke aufgebaut werden, um den verschiedenen politischen Akteuren, die sich ähnlichen Herausforderungen gegenübersehen, zu helfen, Erfahrungen zu vorbildlichen Vorgehensweisen sowie zu gelernten Lektionen bezüglich nachhaltiger und integrierter städtepolitischer Ansätze und Maßnahmen auszutauschen. Seit seiner Gründung sind 22 Städte von beiden Seiten des Atlantiks diesem Netzwerk beigetreten.

### Zusammenarbeit mit dem Regionalen Programm für soziale Zusammenarbeit (EUROSocial)

Dieses wichtige langfristige Programm der Zusammenarbeit zwischen Europa und Lateinamerika legt den Schwerpunkt auf die Unterstützung der Politik für die regionale Entwicklung im Interesse dieser Länder und Regionen. Die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung gewährt dabei durch die Organisation von und Teilnahme an Workshops und Seminaren sowie durch die Ermöglichung von Besuchen nationaler und regionaler lateinamerikanischer Behörden Unterstützung. Darüber hinaus unterstützt sie die Arbeit des oben genannten lateinamerikanischen Netzwerks für politische Ansätze in der regionalen Entwicklung.

#### ►MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/index.cfm/de/policy/cooperation/international/latin-america/](http://ec.europa.eu/regional_policy/index.cfm/de/policy/cooperation/international/latin-america/)

# ▶ EIN PLÄDOYER FÜR DIE REGIONALPOLITIK



**Die Journalistin Shirin Wheeler, ehemalige Pressesprecherin für Regionalpolitik, blickt auf ihre Zeit als Pressesprecherin von September 2012 bis November 2014 zurück.**

Ein in Brüssel tätiger tschechischer Radiojournalist sagte einmal zu mir bei einer Tasse Kaffee während unseres täglichen Briefings im Berlaymont-Gebäude, dass die nationalen und lokalen Verwaltungen in einem viel schlechteren Zustand wären, würde die EU nicht von Zeit zu Zeit unsere Programme unterbrechen. Es stellte sich heraus, dass er und viele andere im Brüsseler Pressecorps keineswegs Feindseligkeit schüren wollten, sondern bereit waren, die EU-Regionalpolitik als reformierende und grundsätzlich positive Kraft zu sehen. Natürlich gibt es viele, die mit einer völlig anderen Einstellung an die Sache herangehen, aber diese Gespräche haben mich zum Nachdenken gebracht, wie unterschiedlich Journalisten aus verschiedenen Teilen Europas die EU und insbesondere unsere Politik sehen. Mir wurde auch noch weiter deutlich, wie wichtig es ist, die Regionalpolitik als viel mehr als nur den Topf voll Geld am Ende des EU-Mitgliedschafts-Regenbogens zu sehen.

Als BBC-Journalistin, die 15 Jahre lang für ein internationales und heimisches Publikum über die EU berichtete, hatte ich nie vor, einmal für die Europäische Kommission zu arbeiten. Doch in gewisser Weise war dies ein logischer Schritt. Ich hatte als Korrespondentin in Brüssel begonnen, für das Lokalradio und Regionalfernsehen der BBC über Europa zu berichten, und hielt die Umsetzung der EU-Politik in lokale Maßnahmen für eine wichtige und interessante Arbeit: Wie funktioniert die Arbeitszeitrichtlinie in einer Bäckerei in Namur? Kann die EU-Fischereipolitik etwas von einer Kooperative in Friesland lernen, wo die Fischer ihre Fanglizenzen miteinander teilen. Was bedeutet die europäische Identität für eine Flamencotänzerin in Andalusien?

Als ich mich auf den Weg in mein neues Büro im Berlaymont-Gebäude machte, hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise, die dafür gesorgt hatte, dass es mir und meinen Kollegen von der Presse nicht langweilig wurde, Europa fest im Griff. Es war klar, wie wichtig es ist, die Regionalpolitik als Antwort auf diese Krise zu positionieren: Während meistens von Sparsamkeit die Rede war, ging es bei der Regionalpolitik darum, zu investieren und auf das Potenzial der Menschen zu setzen. Dies findet bei den Menschen großen Anklang – insbesondere, wenn Hoffnung gerade ziemlich knapp ist – wie unser Besuch in den 13 griechischen Regionen mit dem griechischen Referat der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung später gezeigt hat.

Ich trat meine Arbeit als Pressesprecherin für Regionalpolitik in einer faszinierenden Zeit an. Im Europäischen Parlament waren gerade die Dreiergespräche in vollem Gange, und die Verhandlungen zur Reform der Politik gingen gerade in die letzte Phase. Ich war erleichtert, dass es sich dabei um Änderungen handelte, die ich – trotz Fachbegriffen wie „Ex-ante-Konditionalitäten“ und „intelligente Spezialisierung“ – begeistert „verkaufen“ konnte. Ich glaube nicht, dass politische Pressesprecher besonders überzeugend sind, wenn sie nicht an das glauben, was sie tun. Und ich musste meinen ehemaligen Kollegen im Pressezentrum immer noch in die Augen sehen können!

Allerdings war es eine große Umstellung, nicht mehr über die EU zu berichten, sondern sie zu vermitteln – selbst wenn man von einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt kommt, die sich einen hochwertigen, erklärenden Journalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Als Pressesprecherin für ein politisches Organ hat man plötzlich ganz andere Loyalitätspflichten. Plötzlich war meine Welt voller „Botschaften“ und Standpunkte, die es zu „vertreten“ galt. Gleichzeitig war jedoch klar, dass sich die Kommission Transparenz, offenen Debatten und der öffentlichen Teilhabe erfreulich stark verpflichtet fühlt. Den nötigen Mittelweg zwischen Vorsicht und Offenheit zu finden, war jedoch eine neue Erfahrung für mich.

Ein letzter Gedanke für meine Pressesprecherkollegen: Zwar gibt es in jeder Politik sensible Aspekte, doch in der Regionalpolitik gibt es eine Fülle an Geschichten zu erzählen, wie die EU einen positiven Unterschied im Leben der Menschen macht. Wenn wir zu vorsichtig sind, laufen wir Gefahr die guten Nachrichten zu verschweigen, die wir eigentlich verbreiten müssen. ■



# ▶ EVALUIERUNGSPLÄNE

## UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE NACHWEISBASIERTE POLITIK

**Nach der Annahme der operationellen Programme müssen die Verwaltungsbehörden innerhalb eines Jahres Evaluierungspläne erarbeiten, die sich dann der Begleitausschuss ansieht. Diese Pläne decken jedes einzelne Programm ab und sind begleitend zu den Evaluierungsmaßnahmen bis zum Ende des Programmplanungszeitraums gedacht. Sie sind ein unerlässliches Werkzeug für die Unterstützung der stärkeren Ergebnisorientiertheit der Kohäsionspolitik.**

Die Verordnung für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds 2014-2020 betont mehr denn je die Programmziele, die Interventionslogik im Hinblick auf das Erreichen der erwarteten Ergebnisse und die Rolle der Evaluierung. Sie macht Evaluierungspläne sowie Wirkungsevaluierungen verpflichtend, um beurteilen zu können, welchen Beitrag die Fonds zum Erreichen der Programmziele leisten. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission müssen regelmäßig über Ergebnisse und Wirkung berichten: über Erstere an die Europäische Kommission, über Letztere an das Europäische Parlament, den Rat, den Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. 2022 fassen die Mitgliedstaaten alle Evaluierungsergebnisse zusammen und legen so das Fundament für die *Ex-post*-Evaluierungen der Politik durch die Europäische Kommission. Die Evaluierungen werden deshalb einen Beitrag zu politischen Gesprächen auf höchster Ebene leisten.

Die Planung von Evaluierungen ist keine einfache Aufgabe. Zunächst müssen die Programme klare und deutliche Aussagen dazu enthalten, was sie ändern wollen, und die relevanten Indikatoren müssen überwacht werden. Dann muss, je nach Verfügbarkeit von Nachweisen in den von den Programmen abgedeckten Politikbereichen, entschieden werden, worauf sich die Evaluierungsarbeit konzentrieren soll, um Wissenslücken bestmöglich zu schließen und rechtliche Anforderungen zu erfüllen.

Dazu sollten die Pläne Evaluierungen aufführen, die im Verlauf der Programme erforderlich sind, und für die notwendige Datenerhebung und -analyse ausreichend Ressourcen vorsehen. Für jede geplante Evaluierung sollten die zugrunde liegende Logik, der Zeitplan, die wichtigsten Fragen, Methoden und Datenanforderungen, die Dauer und das geschätzte Budget angegeben werden. Darüber hinaus sollte ausgeführt werden, wie die Evaluierungen gesteuert werden, wie die Nachverfolgung der Ergebnisse aussehen wird und wie sie



### LEITLINIEN ZUR ÜBERWACHUNG UND EVALUIERUNG

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/2014/working/wd\\_2014\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/2014/working/wd_2014_de.pdf)

an Interessengruppen und die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Verwaltungsbehörden sollten sie regelmäßig überprüfen und an alle Änderungen im Programm oder des Kontexts anpassen, die andere Erhebungen notwendig machen.

Die Planung der Evaluierungen als vorgelagerte Maßnahme hilft, sie hochwertiger und nützlicher zu machen. Es hilft der Kommission, Ergebnisse zu sammeln und unter politischen Entscheidungsträgern und Programmmanagern zu verbreiten. Letztendlich trägt es auch dazu bei, nachweisbasierte Programme und politische Ansätze zu konzipieren und umzusetzen.

Um Verwaltungsbehörden bei der Ausarbeitung von Evaluierungsplänen zu unterstützen, hat die Europäische Kommission einen Leitfaden entwickelt, der auf der Website der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung abgerufen werden kann. Er enthält außerdem Empfehlungen zur Formulierung von Vorgaben für Wirkungsevaluierungen und zur Steuerung externer Evaluierungen. Die Europäische Kommission wird mit den Verwaltungsbehörden zusammenarbeiten, um die Qualität dieser Evaluierungspläne zu steigern, und dazu Anmerkungen bereitstellen und bewährte Vorgehensweisen weitergeben.

#### ▶ MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/policy/evaluations/guidance/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/evaluations/guidance/)

# ►NACHRICHTEN

## [IN KÜRZE]



## START DES NEUEN PROGRAMMPLANUNGSZEITRAUMS IN POLEN

**Kommissarin Crețu** gab am 26. Februar auf einer Veranstaltung in Polen gemeinsam mit der polnischen Ministerin für Infrastruktur und Entwicklung **Maria Wasiak** den offiziellen Startschuss für das polnische operationelle Programm für die Kohäsionspolitik. Die polnische Premierministerin **Ewa Kopacz**, EU-Kommissarin **Elżbieta Bieńkowska** sowie die Marschälle der 16 polnischen Woiwodschaften nahmen ebenfalls daran teil.

Seit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union vor fast 11 Jahren spielen die Fonds eine Schlüsselrolle bei der Gewährleistung des Wachstums des Landes. Auch im Zeitraum 2014-2020 ist Polen weiterhin der größte Empfänger der EU-Kohäsionspolitik. Über 77,3 Mrd. EUR werden dem Land aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Kohäsionsfonds und dem Europäischen Sozialfonds zugewiesen.

Dank der exzellenten Zusammenarbeit zwischen den polnischen Behörden und der Europäischen Kommission konnten alle 22 operationellen Programme bis Mitte Februar angenommen werden. Der neue Zeitraum bringt Herausforderungen im Hinblick auf die Umsetzung mit sich, da über 55% der Ressourcen nun von den Regionen verwaltet werden. Dies eröffnet den Regionen, die ihre Stärken und Bedürfnisse schließlich am besten kennen, zahlreiche Möglichkeiten. Es bedeutet jedoch auch, dass die Regionen stärker dafür verantwortlich sind, dass das Geld sinnvoll investiert wird.

►MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu/blog/launching-new-programming-period-poland\\_en](http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu/blog/launching-new-programming-period-poland_en)

## AKTUALISIERUNG DES LEITFADENS ZUR KOSTEN-NUTZEN-ANALYSE

Die Europäische Kommission hat vor Kurzem einen aktualisierten Leitfaden zur Kosten-Nutzen-Analyse veröffentlicht – diese ist für alle Großprojekte, die im Zeitraum 2014-2020 bei den ESIF eingereicht werden, verpflichtend. Der KNA-Leitfaden baut auf der umfassenden Erfahrung auf, die in der Vorbereitung und Beurteilung von Großprojekten im Programmplanungszeitraum 2007-2013 gewonnen werden konnte, und soll Behörden, die in Großprojekte involviert sind, und allen Beratern, welche die Projektdokumentation erstellen müssen, praktische Empfehlungen geben und bereichsspezifische Fallstudien bereitstellen. Der Leitfaden präsentiert die rechtlichen Anforderungen an den Prozess der Projektbeurteilung und die damit verbundenen Entscheidungen zu Großprojekten und umreißt die bereichsspezifischen Leitprinzipien. Der Leitfaden wurde von einem Team unter Leitung von **Davide Sartori** vom Zentrum für Industriestudien in Mailand mit Beiträgen eines wissenschaftlichen Gremiums unter Leitung von **Professor Massimo Florio** und Experten von JASPERS (<http://www.jaspers-europa-info.org/>) erstellt.



►MEHR DAZU

<http://europa.eu/lwc37t>

## LEITFADEN FÜR EMPFÄNGER STELLT VERBINDUNGEN ZU ANDEREN EU-FONDS HER

Vor Kurzem hat die Europäische Kommission einen neuen Leitfaden in allen EU-Amtssprachen veröffentlicht, der erklärt, wie auf die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds effektiv zugegriffen und sie genutzt sowie mit Finanzierungsmöglichkeiten anderer relevanter Politikbereiche der EU kombiniert werden können. Die in dem Dokument angegebenen Links führen potenzielle Empfänger durch das Labyrinth des online zur Verfügung stehenden Materials, sodass sie die direktesten und hilfreichsten Websites und Dokumente finden. Darüber hinaus steht eine Online-Checkliste zur Verfügung, die potenziellen Empfängern helfen soll, die angemessensten Finanzierungsmöglichkeiten zu finden.



►MEHR DAZU  
In 22 Sprachen erhältlich.  
<http://europa.eu/!cn47JG>

## STARTSCHUSS FÜR DIE OPEN DAYS 2015 – DIE EUROPÄISCHE WOCHEN DER REGIONEN UND STÄDTE

Die 13. Ausgabe der OPEN DAYS findet vom 12. bis 15. Oktober in Brüssel statt. Das Motto lautet in diesem Jahr „Europas Regionen und Städte: Partner für Investitionen und Wachstum“. Die Registrierung ist ab Juli möglich.



►MEHR DAZU  
[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/opendays/od2015/](http://ec.europa.eu/regional_policy/opendays/od2015/)



►Maroš Šefčovič, der Kommissar für Energie, legte das „Energiepaket“ am 25. Februar dem Europäischen Parlament vor.

## KOHÄSIONSPOLITIK LEISTET BEITRAG ZUR STRATEGIE DER ENERGIEUNION

Am 25. Februar 2015 hat die Europäische Kommission eine Rahmenstrategie für eine widerstandsfähige Energieunion mit einer zukunftsorientierten Politik für den Klimawandel vorgestellt. Die Strategie soll die Energieabhängigkeit verringern, den freien Energiefluss über Grenzen hinweg fördern, die Energieeffizienz steigern und die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft unterstützen.

Die Kohäsionspolitik wird bei der Verwirklichung der Energieunion vor Ort durch Projekte, die den Bürgern echte Vorteile bringen, eine wichtige Rolle spielen. Im Verlauf des Zeitraums 2014-2020 werden kohäsionspolitische Mittel in Höhe von 38 Mrd. EUR in die CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft fließen (zweimal so viel wie im letzten Finanzierungszeitraum). Dies wird den Mitgliedstaaten, Regionen, lokalen Regierungen und Städten helfen, dringend benötigte Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden, erneuerbare Energie, intelligente Netze oder einen nachhaltigen Stadtverkehr zu tätigen.

Entsprechend einiger der Hauptziele der Energieunion werden unsere Investitionen deshalb dazu beitragen, kostenaufwendige Energieimporte zu senken, die Energiequellen zu diversifizieren, die Energiearmut zu bekämpfen und Emissionen zu verringern sowie Arbeitsplätze zu schaffen und kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen.

►MEHR DAZU  
<http://ec.europa.eu/priorities/energy-union/>



ESTLAND

# ESTLAND LEISTET FÜR SEINE BÜRGER MIT MODERNEN ELEKTRONISCHEN DIENSTEN PIONIERARBEIT

**Estland entwickelt sich zu einer der modernsten elektronischen Gesellschaften der Welt. Die neueste Innovation ist ein e-Residency-Ausweis für ausländische Staatsbürger. Ein großer Teil der estländischen e-Government-Infrastruktur hat von Investitionen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung profitiert.**

Die estländischen elektronischen Dienste sind in den internationalen Medien bereits in aller Munde. Laut CNN ist Estland „ein digitales Land, das mit Tablets und Smartphones betrieben wird“. Die BBC berichtete über die „öffentlichen papierlosen und Online-Dienste“. *Le Monde* bezeichnete das Land als „Cyber-Wachposten des Abendlandes“. Das *Wall Street Journal* und *The Times of India* schrieben ausführlich zu dem Thema: „Elektronischer Ausweis könnte eine digitale Präsenz ohne physische Präsenz möglich machen“ und „Der digitale Ausweis kommt bei indischen Unternehmen an“.

In den letzten zehn Jahren war Estland eines der weltweit führenden Länder bei der Nutzung internetbasierter Dienste für seine Bürger. Deshalb genießen die Estländer heute eine umfassende Bandbreite an öffentlichen und privaten elektronischen Diensten, von der Gesundheitsfürsorge über Wahlen bis zur Einkommenssteuer. Und weltweit fragen Regierungen estländische Experten, wie sie dieses Wunder vollbracht haben.

Dieser digitale Fortschritt ist das Ergebnis der Partnerschaft zwischen einer zukunftsorientierten Regierung, einer proaktiven IKT-Branche und einer technisch versierten Bevölkerung, die von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unterstützt wurden. Dies hat geholfen, die IT-Infrastruktur, Netzwerke und Anwendungen für Online-Dienste zu entwickeln.

## „E-stonia“

Grundlage für das Land, das inzwischen den Spitznamen E-stonia trägt, ist die landesweite Verfügbarkeit von WLAN, auf das sogar im Wald zugegriffen werden kann. 71% der Haushalte sind ans Internet angeschlossen und schnelle WLAN-Verbindungen stehen an über 1 100 öffentlichen Standorten zur Verfügung. Alle estländischen Schulen sind an das Internet angeschlossen.

77% der 16- bis 74-Jährigen benutzen das Internet und die Bürger nutzen routinemäßig elektronische Dienste für Wahlen, Steuern, Polizei, Gesundheitswesen, Bankwesen und schulische Angebote.

Der digitale Zugriff hat sich zum Regelfall entwickelt und über 94% der Einkommenssteuererklärungen werden über die elektronische Steuerbehörde eingereicht. 98% der Banktransaktionen werden in Estland über das Internet erledigt.

**Gesamtkosten:**  
163 000 000 EUR  
**EU-Mittel:**  
63 000 000 EUR



► Der estnische Präsident Thomas Hendrik Ilves steckte dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama vor Kurzem während seines Besuchs in Tallinn einen der ersten estländischen elektronischen Ausweise zu.

„Die Bürger können praktisch alles online erledigen – sogar sich scheiden lassen. Nur für Eheschließungen braucht man noch Papier“, scherzt einer der Berater für digitale Angelegenheiten der estländischen Ständigen Vertretung bei der EU.

## Elektronischer Ausweis

Fast 90% der Bevölkerung (1,1 Millionen Menschen) haben einen elektronischen estländischen Ausweis, der als Personalausweis und innerhalb der EU als Reisepass dient.

Die Karte enthält einen Chip mit personenbezogenen Daten und ist ein digitaler Identitätsnachweis, der bei der Nutzung von Online-Diensten zur Authentifizierung dient. Zusätzlich zum Ausweis können die Esten auch ein Handy nutzen, um bei Online-Diensten ihre Identität nachzuweisen.

## Bildung und Gesundheit

Seit Januar 2010 verwendet Estland ein medizinisches Informationssystem, mit dem die Bürger ihre eigene digitale medizinische Vorgeschichte abrufen können, indem sie einfach ihre Identität mit einem Ausweis bestätigen. Rezepte müssen nicht mehr auf Papier ausgestellt werden, um Medikamente von einer Apotheke zu erhalten: Der Arzt stellt einfach ein elektronisches Rezept aus, das bei jeder Apotheke über den Ausweis eingelöst werden kann.

Eltern von Schulkindern können online auf die Noten und Hausaufgaben ihrer Kinder mit einer e-Schul-App zugreifen. Auch das Bildungssystem ist heute online; Prüfungsergebnisse sind über ein staatliches Portal zentralisiert. Bewerbungen für Universitäten werden über ein staatliches internetbasiertes System eingereicht.

## Elektronische Wahlen

Seit 2005 kann in Estland jeder mit einem Ausweis oder mobilen Ausweis von zu Hause aus oder auch auf Reisen im Ausland elektronisch über das Internet wählen. Bei den Parlamentswahlen im März gaben 30,5% der Wähler ihre Stimme elektronisch ab.

## e-Business

Ein Unternehmer kann in Estland ein Unternehmen direkt von seinem Computer aus gründen. Der Rekord des e-Business-Portals für die Gründung und Eintragung eines Unternehmens liegt bei 18 Minuten. Das System erkennt auch Ausweise aus Belgien, Portugal, Litauen und Finnland an; mehr sollen noch hinzukommen.

## e-Residency-Ausweis

2015 wurde die Online-Dienste dank Estlands einzigartigem und hochmodernem e-Residency-Projekt auch auf nicht in Estland lebende Personen ausgeweitet. Tatsächlich können Personen, die in Estland nicht ihren Hauptwohnsitz haben, nun auch einen digitalen e-Residency-Ausweis erhalten, mit dem sie auf öffentliche und private elektronische Dienste zugreifen und in Estland tätig sein können. Er beinhaltet aber kein Niederlassungsrecht und dient nicht als physischer Identitätsnachweis oder als Reisedokument. Bis 2020 werden jährlich ungefähr 300 000 bis 500 000 EUR in das e-Residency-Programm fließen.

► MEHR DAZU  
<https://e-estonia.com/>



► SCHWEDEN

# ► ERNEUERBARE ENERGIE AUS DEM MEER

**Gesamtkosten:**  
485 000 EUR  
**EU-Mittel:**  
193 000 EUR

**Ein Forschungsprojekt entlang der südschwedischen Küste hat gezeigt, dass Nährstoffe vom Meeresboden und aus industriellen Fischrückständen in einen wertvollen Biokraftstoff verwandelt werden können.**

Im Rahmen des Projekts „Biogas – neues Substrat aus dem Meer“ haben Wissenschaftler in der schwedischen Provinz Kalmar das ökologische und wirtschaftliche Potenzial für die Herstellung von Biogas aus verschiedenen auf dem Meeresboden entlang der Küste gefundenen Produkten untersucht. Insbesondere befassten sie sich mit dem Methanpotenzial von Schilf, Algen, Muscheln und Fischrückständen und mit der Frage, welche Bedingungen notwendig sind, um erneuerbares Biogas zu produzieren.

Die Forscher stellten fest, dass die besten Ergebnisse mit Fischrückständen aus lokalen Fischverarbeitungsanlagen erzielt werden und dass die Qualität des hergestellten Biogases ungefähr der von Gas, das aus traditionellen Materialien wie Gülle und Klärschlamm gewonnen wird, entspricht.

Das 2013 abgeschlossene vierjährige Projekt untersuchte den gesamten Ablauf, von der Gewinnung der Substrate bis zur Wirkung der Entnahme auf den Nährstoffkreislauf und den Schutz des Meeres. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass Nährstoffe aus dem Meer nicht nur einen wertvollen Biokraftstoff ergeben, sondern dass der Prozess auch den Nährstoffüberschuss im Meer senkt. Tatsächlich leidet die Ostsee unter einem Nährstoffüberschuss, der zu einem niedrigen Sauerstoffniveau im Meer und damit zum Tod von Fischen, Krabben, Austern und anderen Wassertieren führen kann. Durch den Einsatz der Meeresschätze in der Biogasproduktion werden viele dieser unnötigen Nährstoffe beseitigt.

Ein stärkerer Einsatz von Biogas in Fahrzeugen wie Autos und LKWs würde zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen und ist für die Provinz Kalmar unerlässlich, wenn sie ihr Ziel, bis 2030 eine Region ohne fossile

Brennstoffe zu werden, erreichen will. In der Provinz Kalmar sind Benzin und Diesel für zwei Drittel aller Kohlendioxidemissionen aus fossilen Brennstoffen verantwortlich. Bei der Verbrennung von Biogas wird kein Kohlendioxid aus fossilen Brennstoffen freigesetzt, was es zu einem umweltverträglichen Kraftstoff macht. Mit dem gesamten Hausmüll, der Gülle und dem Klärschlamm, die in der Provinz zur Verfügung stehen, könnte jedoch nur genug Biogas für ein Zehntel aller Autos in der Provinz produziert werden. Deshalb ist es ökologisch und ökonomisch sinnvoll, die Meeresschätze des Gebiets zu nutzen.

Die lokale Bevölkerung könnte von der stärkeren Nutzung von Biogas durch neue Beschäftigungschancen profitieren, die sich aus neuen Produkten, Waren und Dienstleistungen ergeben, die für die Gewinnung und Produktion des Gases benötigt werden. Tatsächlich ist die umfassende Weiterverarbeitung von Fischrückständen heute bereits Realität. Dabei wird der Abfall über ein Rohr direkt von der Fischverarbeitungsanlage nach Lucerna geleitet, wo das Biogas produziert wird.

Bevor Schilf, Algen und Muscheln wirtschaftlich für eine umfassende Biogasproduktion genutzt werden können, sind jedoch noch weitere technische Entwicklungen erforderlich. Es gibt jedoch bereits Folgeprojekte, darunter SEAFARM (Algen) und AQUATECH (Muscheln).

„Die Nutzung der Meeresschätze in der Biogasproduktion würde die Produktion erneuerbarer Energien erhöhen und gleichzeitig die Auswirkungen auf das Klima verringern. Es sind jedoch noch weitere technische Fortschritte nötig, ehe solche Ressourcen für eine umfassende und wirtschaftliche Biogasproduktion genutzt werden können“, erklärt **Henrik Blomberg**, Leiter des operationellen Programms Småland und Inseln.

► MEHR DAZU  
[www.rfkl.se/biogas-hav](http://www.rfkl.se/biogas-hav)

## ▶ EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

# ▶ EINRICHTUNG EINES KULTUR- WEGS ZWISCHEN UNGARN UND SLOWENIEN



**Gesamtkosten:**  
1 435 000 EUR  
**EU-Mittel:**  
1 187 000 EUR

**Durch die Einrichtung eines neuen Touristenwegs, der den Reisen des Hl. Martin von Tours durch Slowenien und Ungarn folgt, wurde ein grenzüberschreitendes Touristenziel geschaffen. Er bildet den ersten Teil eines Pilgerwegs durch Europa.**

Der Hl. Martin war im 4. Jahrhundert Bischof von Tours und gehört heute zu Europas beliebtesten christlichen Heiligen. Er wurde im heutigen ungarischen Szombathely geboren, lebte aber den Großteil seines Erwachsenenlebens in Frankreich. Er gilt als spiritueller Brückenbauer in ganz Europa.

Durch das Projekt „Via Savaria“ konnte der erste 400 km lange Abschnitt des Europäischen Kulturwegs des Hl. Martin durch Slowenien und Ungarn aufgebaut werden; Ziel ist Tours in Frankreich.

Dieses Projekt wurde von der Erklärung des Europarats aus dem Jahr 2005 inspiriert, nach der die Straße vom ungarischen Szombathely bis ins französische Tours ein Europäischer Kulturweg werden und herausragende Monumente des Lebens und Wirkens des beliebtesten Heiligen Europas präsentieren sollte.

Der Hl. Martin von Tours wurde im Jahr 316 n. Chr. in der historischen Stadt Savaria in Pannonien geboren. Heute ist diese Stadt als Szombathely bekannt. Die Figur des St. Martin von Tours symbolisiert den Wert des Teilens. 2016 wird sein Leben in ganz Europa gefeiert.

Das Via-Savaria-Projekt startete 2009 in Szombathely, um den Weg des Pilgers durch drei Länder abzubilden. Das Projekt wurde von den Regierungen Sloweniens und Ungarns unterstützt, die sehr daran interessiert waren, die touristischen Aspekte zu fördern. Gemeinden und wichtige Interessengruppen entlang des Wegs beteiligten sich ebenfalls an dem Projekt, sodass letztendlich 15 Partner zusammenarbeiteten – neun aus Slowenien und sechs aus Ungarn.

Das übergeordnete Ziel des Projekts war es, durch ein gemeinsames kulturelles Tourismusprojekt, das sich positiv auf die Entwicklung der lokalen Wirtschaft auswirkt, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der ungarisch-slowenischen Grenzregion zu unterstützen.

Mit der Umsetzung des Via-Savaria-Projekts ist der erste 400 km lange Abschnitt des Europäischen Kulturwegs des Heiligen Martin nun fertig. Er führt von Szombathely in Ungarn nach Zreče in Slowenien (die gesamte Strecke von Szombathely nach Tours in Frankreich ist 2 500 km lang).

Teil des Projekts war auch die wissenschaftliche Forschung über das Leben und Wirken des Heiligen Martin von Tours sowie das Natur- und Kulturerbe entlang des Wegs. So wurden 38 Rastplätze inklusive Informationstafeln, Tischen und Bänken erbaut. Dies wird durch Informationspunkte und Wein- und kulinarische Zentren entlang des Wegs sowie ein Ausstellungszentrum und einen Themenpark ergänzt.

▶ MEHR DAZU  
[www.viasanctimartini.eu/en](http://www.viasanctimartini.eu/en)

## TERMINE 2015

**27.-28. APRIL**

\_Brüssel (BE)

**GROW your REGION:**  
Intelligente Spezialisierung  
und wirtschaftlicher  
Wandel durch Cluster

**2. JUNI**

\_Brüssel (BE)

**CITIES-Forum**

**15.-16. JUNI**

\_Jūrmala (LV)

**6. Jahresforum zur  
EU-Strategie für den  
Ostseeraum**

**12.-15. OKTOBER**

\_Brüssel (BE)

**OPEN DAYS:  
13. EUROPÄISCHE WOCHE  
DER REGIONEN UND STÄDTE**

**13. OKTOBER**

\_Brüssel (BE)

**Preisverleihung  
RegioStars**

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda“:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/newsroom/events/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/events/)

## BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG

 [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/)

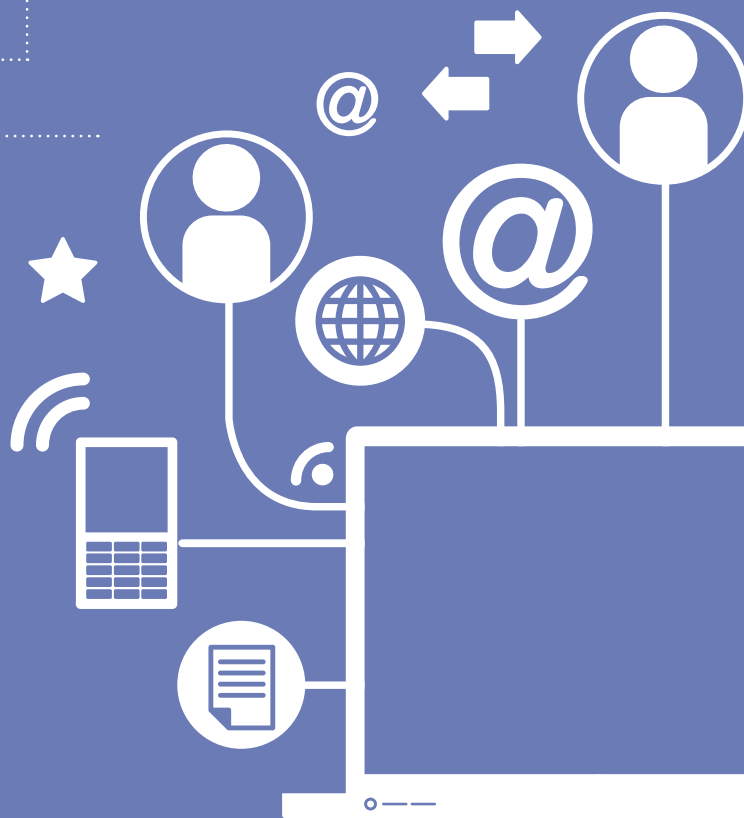
 [www.twitter.com/@EU\\_Regional](http://www.twitter.com/@EU_Regional)

 [www.yammer.com/regionetwork](http://www.yammer.com/regionetwork)  
GD REGIO Plattform für Zusammenarbeit

 [www.flickr.com/euregional](http://www.flickr.com/euregional)

 Abonnieren Sie unsere REGIOFLASH  
[www.inforegiodoc.eu](http://www.inforegiodoc.eu)

 [www.twitter.com/CorinaCretuEU](http://www.twitter.com/CorinaCretuEU)



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,  
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung  
Kommunikation – Ana-Paula Laissy  
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brüssel  
E-Mail: [regio-panorama@ec.europa.eu](mailto:regio-panorama@ec.europa.eu)  
Internet: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/)

